Einzelpreis 6 Mk. Halle, Dienstag, den 10. Oktober 1922 32. Jahrgang • Nr. 8

Schriftleitung: Harz 42-44 Fernruf Nr. 4667
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Für die Frauen" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Sprechst. der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr

Das Volksblatt ist amtliches Organ verschied. Behörden

# Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle Harz 42-44.
Zweigeschäftsstelle u. Buchhandlung: Gr. Ulrichstr. 7a Fernruf 4605. Postscheckkonto 11092 Erfurt. Bezugspreis wöchentl. 30 Mk. monatlich 120 Mk u. 10 Mk. Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen monatlich 130 Mk. Anzeigenpreise im Anzeigenteil 6 Mk. pro Millimeter u. Spalte; desgleichen als Reklame im Textteil 17,50 Mk.

# Der Sammelkandidat.

## Auf der Suche.

**Bürgerliche Einheitsfront zur Reichspräsidentenwahl von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen? Der deutschnational-volksparteiliche Gegenkandidat in Reserve.**

**Berlin**, 10. Oktober. Laut „L.-A." schweben in rechtsstehenden Kreisen Verhandlungen über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Eine Korrespondenz will wissen, daß bei den Verhandlungen zwischen den Führern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eine Einigung dahin erzielt worden sei, daß die Deutsche Volkspartei sich verpflichtet habe, ihre **Bemühungen, Zentrum und Demokraten zur Aufstellung eines bürgerlichen Gegenkandidaten in Gemeinschaft mit den anderen bürgerlichen Parteien zu veranlassen**, mit allem Nachdruck fortzusetzen. Erst wenn Zentrum und Demokraten ein gemeinsames Vorgehen mit den beiden Rechtsparteien ablehnen würden, dürfte die Frage einer gemeinsamen Aktion der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei akut werden.

*

Diese ganzen Manöver der Rechtsparteien sind ein schlagender Beweis für ihre eigene Schwäche. Keine der beiden Parteien hat einen Kandidaten, der mit Erfolg als Reichspräsident präsentiert werden könnte. Die in Frage kommenden Personen haben sich im Laufe der letzten Jahre bei allen möglichen Gelegenheiten so gründlich blamiert, daß an eine Aufstellung nicht zu denken ist. Selbst der letzte Hoffnungsanker, der alte Vater Hindenburg, der Mann mit dem unausstehlichen Feldwebelgesicht, wie Wilhelm gelegentlich von seinem treuen Paladin zu sprechen pflegte, hat in den vergangenen Monaten so viel dummes Zeug zusammengeschwatzt, daß seine Kandidatur nicht nur im Inland, sondern auch außerhalb unserer Grenzen Heiterkeit auslösen würde. Der Versuch der Rechtsparteien, Zentrum und Demokraten zur Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatur zu gewinnen, stellt scheinbar den Versuch dar, einen nach außen „neutralen" Kandidaten zu nominieren. Auf den Ausgang der Verhandlungen mit den beiden bürgerlich demokratischen Parteien darf man gespannt sein. Vor Ueberraschungen ist man bekanntlich bei diesen Parteien nie sicher. Ein bürgerlicher Sammelkandidat dürfte jedoch sowohl bei den Jungdemokraten wie auch bei den Zentrumsarbeitern einige Widerstände auslösen.

Ob die Herren Helfferich ihren bayrischen Götzen, Herrn von Kahr, inzwischen wieder fallen gelassen haben, geht aus der Meldung des „L.-A." nicht hervor. Wir sind auch nicht neugierig, zumal der Kandidat der Hergt, Helfferich und Genossen sich sehr bald als politischer Popanz erweisen wird.

Wie beklommen den Rechtsparteien bei der Frage der Aufstellung eines eigenen Kandidaten ist, geht daraus hervor, daß selbst die volksparteiliche „Kölnische Zeitung" vor einigen Tagen die Wiederwahl von Ebert empfahl, unter der Voraussetzung, daß dieser sich zur Abgabe einer programmatischen Erklärung über die Art beteiligte, wie er sich die Führung der Reichspräsidenten-Geschäfte in Zukunft denkt. Eine solche Forderung mutet zum mindesten sehr kindlich an. Wenn den Herren von rechts die bisherige Amtsführung des Reichspräsidenten nicht gefällt, so mögen sie getrost mit ihrem eigenen Kandidaten anmarschieren. Eberts Amtsführung bedeutet für ihn als Sozialdemokraten ein ungeheures Opfer. Denn Ebert hat sich in jeder Situation dessen bewußt sein müssen, daß er wohl sozialdemokratischer Reichspräsident, nicht aber Reichspräsident der Sozialdemokraten ist. Und er ist sich dessen bewußt gewesen. Vielleicht mehr als diesem und jenem von uns zu Zeiten lieb gewesen ist. Wenn aber die Rechtsparteien durchaus einen anderen Präsidenten haben wollen, so wird sie niemand daran hindern, ihren eigenen Mann zu nominieren.

Wie sich die Demokraten zu dem Vorschlag der Rechtsparteien bezüglich eines gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten stellen werden, wird uns wohl der Elberfelder Parteitag, über den wir an anderer Stelle berichten, lehren, der ja an der Frage der Reparation, der Kriegsschuld und des Völkerbundes gesondert behandelt.

# Fechenbach-Prozeß.

**Der Gerichtsvorsitzende billigt Geheimorganisationen? — Heftige Zusammenstöße zwischen der Verteidigung und dem Präsidenten.**

**München**, 9. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorlesung der Berichte, in welchen Fechenbach Nachrichten über die bayrischen Geheimorganisationen in das Bureau Gargas gab, nimmt ihren Fortgang. Fechenbach verteidigt sich gewandter und lebendiger als in der vorigen Woche. Auf einen Vorhalt des Vorsitzenden antwortet er, die bayrische Reaktion sei eine internationale Gefahr, es ist notwendig, daß der Kampf dagegen international geführt wird. Der Vorsitzende, der in Wahrheit auch zugleich die Rolle des Staatsanwalts spielt, bringt durch sein Verhalten zum Ausdruck, **daß er nicht das Dasein von ungesetzlichen Organisationen verurteilt.** Er findet es vielmehr strafbar, von dem Bestande der Oeffentlichkeit zu unterrichten. Von Fechenbachs 90 Berichten wurden 40 Berichte von der Staatsanwaltschaft als strafbar gekennzeichnet. Nach ihrer Behandlung nahm das Gericht die Berichte vor, die der Angeklagte Lembke geliefert hat. Es stehen hier als beanstandet 15 in Frage. Bevor das Gericht sich ihnen zuwendet, kommt es zum dritten Mal im Laufe des Prozesses zu **scharfen Auseinandersetzungen zwischen Justizrat Bernstein und dem Vorsitzenden.** Justizrat Bernstein will genaue Bezeichnung der Nachrichten, welche Tatsachen enthalten, die man hätte geheimhalten sollen. Justizrat Bernstein sagt: **Der Angeklagte sollte vor dem Plädoyer erfahren, wessen er angeklagt ist.** Der Vorsitzende gerät hierauf in große Aufregung. Er rechtfertigt das Volksgericht und behauptet, der Vorstoß des Justizrats Bernstein sei eine **schwere Beleidigung des gesamten bayrischen Richterstandes.** (!)

# Demokratischer Parteitag.

**Nachruf an Rathenau. — Die Rheinlandfrage. — Reparation, Kriegsschuld und Völkerbund.**

**Elberfeld**, 9. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der vierte Reichsparteitag der Deutschdemokratischen Partei nahm am Sonntag in der Elberfelder Stadthalle mit einem Begrüßungsabend seinen Anfang. Die eigentlichen Verhandlungen wurden am Montag nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Abgeordneten Petersen, aufgenommen. Herzlich war sein Nachruf für Rathenau. Er klang aus in einem Gelöbnis, sein Werk fortzuführen und seines Genesser Bekenntnisses, „Friede, Friede, Friedel" zu gedenken. Ueber die Rheinland-Frage sprach Justizrat Falk-Köln. Die Ziele der französischen Politik umschreibt er dahin, daß **Frankreich das Rheinland politisch entdeutschen will**, um wirtschaftliche Vorteile erzielen und seine militärischen Rüstungen auf Kosten Deutschlands zu erweitern gedenkt. Die Freiheit der Presse bezeichnet der Redner als aufgehoben. Nach ihm spricht Professor Brinkmann über das Verhältnis zu den Westmächten. Er lehnt jede Katastrophenpolitik ab. Ein ausgezeichnetes Referat folgte dann von dem Gesandten a. D. Riezler über die Ostprobleme im Zusammenhang mit den Fragen der franko-englischen Politik. Auch der Vortrag des Oberpräsidenten von Ostpreußen, Siehr, fand lebhaften Anklang. In der Nachmittagssitzung wurde mit der Diskussion der Morgenreferate begonnen. Zunächst kamen die Vertreter abgetretener Gebiete oder solcher Landesteile zu Wort, die sich eine politische Entrechtung gefallen lassen müßen. Uebereinstimmend gaben sie der Treue zum Deutschtum Ausdruck. Von den übrigen Diskussionsrednern werden insbesondere die Fragen der Reparation, der Kriegsschuld und des Völkerbundes gesondert behandelt.

# Das Versicherungsgesetz.

**Beiträge von 35 bis 4850 Mark in neun Versicherungsklassen.**

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Montag in der fortgesetzten Beratung über das Versicherungsgesetz für Angestellte, in der Hauptsache mit der Selbstverwaltung. Diese soll erweitert werden. Nach Ansicht der Regierung kann sich die Aufsicht auf die Beobachtung von Gesetz und Satzung beschränken. Die Regierung schlug neun Beitragsklassen vor, deren Beiträge sich von 35 Mk. in der untersten Klasse (bis 3600 Mk. Gehalt) auf 4850 Mk. in der höchsten Klasse (558 800 Mk. und mehr Gehalt) steigern. Nachdem noch über die Zusammensetzung und die Befugnisse des Verwaltungsrats nach Anträgen des Gen. Aufhäuser und der Abg. Frau Teusch (Ztr.) Beschluß gefaßt wurde, vertagte sich der Ausschuß auf Dienstag.

# Dänische Kabinettsumbildung.

**Kopenhagen**, 10. Oktober. Nachdem der König heute vom Ministerpräsidenten Neergaardt das Rücktrittsgesuch des gesamten Ministeriums erhalten hat, hat er bestimmt, daß der Ministerpräsident und Finanzminister Neergaardt in seinen Aemtern verbleibe. Dem Verteidigungs-, dem Außen- und dem Handelsminister wird der nachgesuchte Abschied bewilligt. Alle übrigen Minister bleiben in ihren Aemtern. Der Innenminister wird außerdem vorläufiger Handelsminister, Direktor Cold wird Außenminister und Abg. Borsen Verteidigungsminister.

**Die christlichen bayrischen Landarbeiter gegen ihren schlauen Bauernbaktor.** Die bayrischen christlichen Landarbeiter protestierten auf ihrer Konferenz in Regensburg gegen die Rede des Dr. Heim in Thuntenhausen. In dieser Rede hatte Dr. Heim gesagt, die Ursache der Teurung und der Grenzpflicht des Preisabbaues seien die hohen Löhne der Landarbeiter. Die christlichen Landarbeiter warfen dem Dr. Heim Irreführung der öffentlichen Meinung vor. Hoffentlich ziehen die christlichen Landarbeiter Bayerns aus ihrer Erkenntnis auch die richtigen Konsequenzen.

**Vormittag 10 Uhr: Dollar 3050**

**Tendenz fest — leicht schwankend.**

# Wirtschaftliche Rundschau.

**Unter dem Druck der weiteren Markentwertung. — Die Industrie und der Großhandel setzen die Fakturierung in Auslandswährung fort. — Maßnahmen zur Unterdrückung der Devisenspekulation. — Die Besteuerung des Grundbesitzes durch Naturalabgabe.**

Heute vormittag wurde der Dollar mit rund 3050 Mk. gefragt. Jeder Arbeiter, der sich einen Ueberblick über die augenblickliche Lage machen will, schaut heute auf den Kurszettel. Reflektiert ersehen große Teile unseres Volkes an dem Wiedersteigen des Dollars, daß der Teurung und der Erhöhung auch aller Preise damit immer noch kein Einhalt geboten ist. Mit eifrigem Interesse wird der in den Zeitungen veröffentlichte Großhandels- und Kleinhandelsindex beobachtet und daraus ermessen, daß fast immer weniger beschafft und gekauft werden kann. Was ist nun schuld an dem Wiedersteigen des Dollars? Was ist schuld an der erneuten Unruhe in unserem Wirtschaftsleben? Die „Atempause" für die Reparationszahlungen ist mit dem Abschluß der belgischen Verhandlungen erlangt. Man steht in Erwartung der Brüsseler Konferenz. Die äußeren Momente können also in dem Ausmaße nicht treibend wirken. Der Anlaß des augenblicklichen Steigens muß deshalb in der Hauptsache im Inlande selbst gesucht werden. Handel und Wandel hat kein Vertrauen mehr in die Wertbeständigkeit der Mark. Kleine Kaufmanöver bilden schon Anlaß zu großen Schwankungen. Die Bevölkerung weiß, daß die Industrie sich durch Einführung der Kalkulation auf Goldbasis, der Fakturierung in ausländischer Währung, der Preisvorbehalte, gegen den — wie das neueste Schlagwort heute lautet — „Substanzverlust" zu schützen sucht. Auch der Großhandel folgt diesem Beispiel. Die Preisstellung geschieht auch dort in gebrochener Währung, und diejenigen, die Zahlungen in Papiermark nehmen, kalkulieren auf der Grundlage von 1000 Mk. für 1 Dollar und berechnen für jede Steigerung des Dollars darüber hinaus um 50 Punkte einen 5prozentigen Aufschlag. Der Einzelhandel, der unter diesen Maßnahmen selbst weitgehend leidet, fordert Aenderung der Wucherbestimmung dahingehend, daß auch er bei Vorliegen einer Notmarktlage, wie wir sie ja in verschiedenen Waren unbedingt haben, Wiederbeschaffungskosten in Rechnung stellen kann — eine dann überhaupt nicht mögliche objektive Feststellung. Hemmungslos geht dieser Lauf weiter, nicht nur die innere Kaufkraft in fortschreitendem Maße, sondern auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrie und Handel im Innern selbst untergrabend. Der ganze Kern der Kapitalnot liegt in dieser sich immer weiter bildenden Geldentwertung, in dem Herausdrängen der Mark aus dem wirtschaftlichen Zahlungsverkehr. Alle die Kreise, die mit marktgängigen Waren, mit Sachwerten zu tun haben, suchen sich aus der Entwertung zu retten und haben dies bisher in weitgehendem Maße, wenn man die allgemeine Verarmung des Volkes nimmt, auch getan. Was man noch vor einem Jahre für unmöglich gehalten hat, daran haben wir uns längst gleichmütig gewöhnt.

Auf diesen Zusammenhang ist wiederholt in den letzten Wochen von unserer Seite hingewiesen worden, aber was ist zur Besserung geschehen? Das Reichswirtschaftsministerium hatte vor kurzem die Spitzenverbände der Industrie, des Handels, der Verbraucherschaft, die Arbeitnehmer zu einer Sitzung einberufen, und es ist mit ihnen über diese Frage — der Einführung der ausländischen Währung im Inlandsgeschäftsverkehr — verhandelt worden. Dabei gab der Reichsverband der deutschen Industrie auf Grund eines Beschlusses des geschäftsführenden Ausschusses der Kartellstellen die Erklärung ab, daß seitens des Reichsverbandes durch seine Kartellstellen die Kartelle und Verbände veranlaßt werden sollten, den Inhalt der erwähnten Entschließung in der Praxis zu berücksichtigen und vor allem nicht mehr die Zwangsregulierung in Auslandswährung bei Inlandsverkäufen vorzusehen. Dieser Erklärung schloß sich auch der Zentralverband des deutschen Großhandels an. In dieser Sitzung haben daher die Verbände, obwohl Verbraucherschaft und Arbeitnehmer sie forderten, von gesetzgeberischen Schritten in dieser Richtung abgeraten. **Diese Schritte der Verbände haben, wie die Praxis heute schon zeigt, keinen Erfolg gehabt, da die Industrieverbände — und das muß ausdrücklich festgestellt werden — über ihre Unterverbände und Kartelle keinerlei Macht besitzen.** Obwohl die Industrie-, Bank- und Handelswelt selbst in die größten Schwierigkeiten geraten sind, sind sie doch in der kapitalistischen Form einfach nicht in der Lage, auch das rein industrielle Allgemeininteresse vor das Einzelunternehmerinteresse zu stellen. Was nützen auch Resolutionen!

Es ist nun endlich Aufgabe der Regierung, in dieser Richtung Schritte zu tun. Es handelt sich dabei nicht nur um die Ausmerzung der Auslandsfakturierung im Inlandsverkehr als solcher, sondern um das Kernproblem, um das Währungsproblem. Denn von ihm aus geht die ganze Verwirrung und Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens, die Zerschlagung unserer inneren Kaufkraft und die Aushungerung breiter Schichten unserer Bevölkerung. Wohl sind außenpolitische Ursachen — die Reparationslasten — die Urgründe für den Sturz unserer Mark. Verantwortlich für die verzweifelte Zerrüttung aber sind unsere eigenen Industriekreise selbst. Und es muß noch einmal gesagt werden: genau wie sich die österreichische Industrie in Schweizer Franken zu „retten" suchte, geht auch unsere Industrie Wege, sich die Grundlage wirtschaftlicher Selbständigkeit abzuschneiden. Die österreichische Industrie ist zu einem großen Teil exportunfähig. Da unsere kapitalistischen Kreise sich nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221010-11/fragment/page=0001

selbst Rettung bringen können, müssen endlich die von der Regierung vielfach angekündigten Gesetze zur Devisenspekulation, aber vor allem, damit diese Maßnahme überhaupt praktisch durchführbar und wirksam werden kann, eine wertbeständige Anleihe geschaffen werden. Wenn Industrie und Handel ihre „Substanz" in volkswirtschaftlichem Sinne wirklich retten wollen, dann müssen sie diese als Grundlage für eine Anleihe bereitstellen, die die Schwankungen der Devise aufzuhalten vermag. Die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe ist und bleibt das Haupterforderniß!

In dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, in dem über die eben berührten Fragen in der letzten Woche gesprochen wurde, soll von seiten der Arbeitnehmer, insbesondere des Genossen Hilferding, das Währungsproblem als Kernproblem bezeichnet worden sein. Sofortige Maßnahmen auf diesem Gebiete wurden nicht nur im Interesse der Verbraucherschaft als solcher, sondern auch vom Produzentengesichtspunkt zur Erhaltung der Gesamtwirtschaft als notwendig bezeichnet.

In diesem Zusammenhang dürfte es von besonderem Interesse sein, daß auf der demokratischen Ministerkonferenz der oldenburgische Ministerpräsident Tantzen eine Besteuerung der Landwirtschaft nach Naturalerträgen vorschlug. Der Grundbesitz, je nach Bodenqualität in Klassen geteilt, soll zur Ablieferung einer nach Hektar bestimmten Naturalmenge verpflichtet werden. Diese Abgabe könnte auch mit der Umlage in Zusammenhang gebracht werden. Da der über die feste Abgabe hinausgehende Ertrag frei bliebe, werde hieraus eine wirksame Anregung zur Förderung der Produktion zu erwarten sein. — Hatte die Sozialdemokratie nicht schon vor einem Jahr eine Sachwerterfassung gefordert? Damals sollen auch demokratische Minister sich dagegen ausgesprochen haben. Der Vorschlag Tantzens soll jetzt von den versammelten Ministern einmütig begrüßt worden sein. Ein Jahr später — vielleicht zu spät.

# Ludendorff hinter den Kulissen.

## Ein sonderbarer Präsident.

Der Montag vormittag bewies augenscheinlich, daß der Prozeß keine Aufhellung des Dunkels bringen wird, das über der Person Ludendorffs und seinen Beziehungen zur Mordorganisation ausgebreitet liegt. Der Inhalt der Briefe, die Ludendorff an den Angeklagten Günther geschrieben hat, mag äußerlich ein mehr oder weniger harmloser sein. Die Tatsache, daß Ludendorff den psychopathischen Nationalisten und Antisemiten, dem aus eigener Machtvollkommenheit avancierten türkischen Leutnant, dem akademischen Bürger ohne Ehrgefühl, dem Geheimbündler aus Krankheit, daß Ludendorff diesem Günther zehn bis zwölf Briefe geschrieben hat, von denen die meisten etwa zwei Seiten lang sind — diese Tatsache offenbart die ganze Geistigkeit des kaiserlichen Regimes der großen Zeit, deren Führer eben dieser Ludendorff ist. Nicht etwa mit der Schreibmaschine sind diese Briefe geschrieben, wie Briefe autoritärer Persönlichkeiten an kleine und distanzierte Menschen geschrieben sind, sondern mit der Hand und die Anrede lautet: „Mein lieber Günther!"

Wie dem auch sei: ob man bei Günther das Verbrechen hervorhebt oder die Krankheit, Herr Ludendorff ist blamiert. Keiner von uns hat je daran gezweifelt, daß die Größe der Niedertracht anders erklärt werden könnte, als durch Krankheit. Aber in der Politik stellt man die Frage nach den Folgen und dieser Prozeß ist ein politischer Prozeß. Die Folgen sind schädlich: ob die Bündler krank sind oder nur Schurken waren, Schädlinge sind sie und Ludendorff ist unter ihnen.

Die dicke Wand aus Lüge und Verdrehung, diese Wand, hinter der die nationalistischen Ursachen sich verbergen, um die unwichtigen Veranlassungen preiszugeben, wird leider nicht zerstoßen. Kaum hat der Beisitzer Jäckel angefangen, sich mit Ludendorff zu befassen und schon bemerkt der Präsident: „Wir haben es hier nicht mit Ludendorff zu tun, sondern nur mit dem Angeklagten Günther." Dieser Günther ist schlimmstenfalls einer der Köpfe der nationalistischen Mörderhydra. Was nützt es uns, wenn wir ihn treffen, da die Köpfe doppelt nachwachsen, solange Politiker, Journalisten und Geldgeber nicht getroffen sind, die der Hydra erst das Leben gaben. In diesem Prozeß tritt der Sinn für Formalismus die wichtige Schlichkeit.

## Sechster Verhandlungstag.

**Ein neuer Anschlag im Rathenau-Prozeß. — Die Vorsichtsmaßnahmen im Gerichtsgebäude. — Erklärung des Präsidenten. — Zur Charakteristik Günthers.**

Leipzig, 9. Oktober.

Die Untersuchungen über die rätselhafte Erkrankung der Angeklagten am verflossenen Sonnabend sind noch nicht endgültig abgeschlossen, da die bakteriologische Untersuchung zurzeit noch im Gange ist. Immerhin gewinnt jetzt die Annahme immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß die sechs Erkrankten vom letzten Sonnabend, Techow, Ilsemann, Warnecke, Plaß, Tillessen und Günther das Opfer irgendeines

**noch unaufgeklärten Anschlags**

geworden sind. Die bisherigen Ermittlungen der Polizeibehörde haben in Verbindung mit anderen auffälligen Erscheinungen dazu geführt, daß der Vorsitzende Senatspräsident Dr. Hagens sich dazu entschlossen hat, die Vorsichtsmaßnahmen im Gerichtsgebäude ganz erheblich zu verstärken. Nicht nur das Untersuchungsgefängnis, in dem sich die Angeklagten befinden, hat eine stärkere polizeiliche Ueberwachung erhalten, sondern im Reichsgericht selbst sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, um befürchtete Zwischenfälle zu verhindern. Die Zahl der uniformierten Beamten ist an sich verstärkt worden, vor allem aber ist

**ein Heer von Kriminalbeamten aufgeboten,**

die das ganze Gebäude, sämtliche Ein- und Ausgänge bewachen, und die jeden, der in das Reichsgericht Einlaß wünscht, auf das genaueste zu prüfen haben. Man hat aus Gründen der Sicherheit auch die Zahl der Zuhörer ganz wesentlich eingeschränkt, und jeder, der den Gerichtssaal betreten will, muß im Besitz eines mit Lichtbild versehenen Passes sein.

Daneben sickern schon wieder Gerüchte durch, die von einem

**Anschlag auf den Angeklagten Voß**

sprechen. Wahrscheinlich dürfte diese noch dunkle Angelegenheit im Laufe des heutigen Tages vor dem Forum des Staatsgerichtshofes erörtert werden. Wie verlautet ist folgendes geschehen:

Am Sonnabend nachmittag ist der Angeklagte Voß, der sich bekanntlich auf freiem Fuß befindet, nach Berlin gefahren. Am Sonnabend besuchte Voß nach seiner Angabe die Lützowstube von Wolff in der Lutherstraße 38, wo er mit mehreren Bekannten zusammentraf. Als Voß sich einen Augenblick aus dem Gesellzimmer entfernte, hörte er, wie im Nebenzimmer ein Herr telephonierte und dabei sagte: „Voß ist hier. Es wird so gemacht, daß wir ihm eins ins Gesicht geben; er kann sicherlich zurück, denn

**sind wir in der Notwehr und sind ihn los."**

Voß hat sich — immer nach seiner Erzählung — dann nach der Gaststube zurückbegeben und den Inhaber des Lokals, Wolff, gebeten, sich zu ihm zu setzen, da es gleich einen Zusammenstoß geben werde. Wenige Minuten später seien dann auf Voß drei Herren zugetreten, die nach der Angabe des Inhabers der Lützowstube die Brüder v. M. gewesen sind, während der dritte als ein Herr v. H. bezeichnet wird. Der ältere der beiden Brüder habe Voß gestoßen, bis dieser sich die Anrempelung verbat. Dann hätten die drei Herren ein Gespräch mit Voß angeknüpft und ihn gefragt, ob er nicht auch der Ansicht sei, daß der Staatsgerichtshof in Leipzig zu langsam arbeite. Voß will erwidert haben, daß er sich keine Kritik seiner Richter erlaube, daß er aber die Herren bitte, ihn endlich in Ruhe zu lassen. Diese hätten trotz alledem antisemitische Aeußerungen getan, die sich auf die Verteidiger bezogen, und schließlich habe eine Dame, die an dem Tisch des Voß saß und von diesem über das vorausgegangene Telephongespräch aufgeklärt war, gesagt: „Bemühen Sie sich doch nicht weiter, wir wissen, wer Sie sind, Herr v. M." Darauf habe der eine Herr einen Revolver aus der Tasche gezogen und, indem er auf Voß anschlug, gesagt:

**„Wir kommen aus einer Führerversammlung am Lützowufer und dort ist beschlossen worden, daß Sie, Voß, Ilsemann und Günther erledigt werden."**

Man habe den Sprecher dann sofort entwaffnet und die drei Fremden hinausbefördert. Voß will nun im Laufe des heutigen Tages die Angelegenheit zur Sprache bringen. Wahrscheinlich dürfte der Staatsgerichtshof jedoch erst die näheren Ermittelungen der Berliner Polizei abwarten, ehe er zu dieser Angelegenheit Stellung nimmt.

Die Berliner Polizei hat erst aus Leipzig von dieser Angelegenheit erfahren und die Nachforschungen sofort eingeleitet.

Um 9 Uhr 20 Minuten wird die Verhandlung eröffnet. Die Angeklagten waren sämtlich zur Stelle und sind bis auf Warnecke, der sich noch immer nicht ganz erholt hat, wieder auf dem Posten. Senatspräsident Dr. Hagens eröffnet die Sitzung mit folgender

**Erklärung:**

„Ich stelle fest, daß sämtliche Angeklagten zur Stelle sind. Das Ergebnis der Untersuchung über die Erkrankung der Angeklagten am letzten Sonnabend läßt vermuten, daß diese Angelegenheit einen ernsten Hintergrund hat. Nach der bisherigen Untersuchung, deren Resultat allerdings noch nicht endgültig vorliegt, ist der Verdacht nicht ausgeschlossen, daß ein Attentat auf die Gesundheit oder sogar das Leben eines der Angeklagten vorliegt. Dieser Verdacht hat zu einer Reihe von verschärften Sicherheitsmaßnahmen Anlaß gegeben, und zwar wird erstens die Zahl der Zuhörer sehr wesentlich eingeschränkt, zweitens kann von den Zuhörern nach Ermessen der Polizei- und Gerichtsbeamten ein Ausweis mit Lichtbild über ihre Person und Einwandfreiheit verlangt werden."

Rechtsanwalt Golinick hat hierauf, als Zeugen den Landwirtschaftslehrer Joachim Duckert aus Berlin über den Charakter und das Wesen Günthers zu vernehmen. Das Gericht gab dem Antrage statt.

Zeuge Duckert erklärt, daß Günther schon auf der Schule die Sucht gehabt habe, sich hervorzudrängen. Lügenhaftigkeit habe man an Günther nur bemerkt, wenn es sich um seine Person handelte und er sich ins hellste Licht zu setzen versuchte. Nach dem Kriege habe er Günther wieder getroffen und sei erstaunt gewesen, daß dieser, anstatt zu studieren, haltlos in der Luft schwebte. Günther habe jedoch erklärt, er könne sich noch keinem Erwerb zuwenden, da er von der Nationalen Vereinigung außerordentlich nötig gebraucht werde. — Vors.: Machte Günther schon damals den Eindruck eines exaltierten Menschen? — Zeuge: Gar nicht. Er äußerte damals ganz vernünftige Ansichten, sobald seine eigene Person aus dem Spiel blieb. — Vors.: Haben Sie mit Günther auch einmal über den Erzbergers-Mord gesprochen? — Zeuge: Ja, unmittelbar nach dem Mord. Günther war darüber außerordentlich entrüstet, bezeichnete die Tat als furchtbar und meinte, man könne doch nicht ohne weiteres einen Menschen über den Haufen schießen.

Nach einem Gutachten des Sachverständigen Dr. Schütze, den Günther als einen Psychopaten bezeichnet, der unter allen Umständen zurechnungsfähig sei, und weiteren Vernehmungen Tillessens und Warnecks, der sich inzwischen von seinem Uebelsein erholt hat und jede Gemeinschaft mit den Mördern leugnet, wird in

## Die Beweisaufnahme

eingetreten. Zunächst wurde Kriminalkommissar Futh von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums über die von ihm ausgeführte Verhaftung Ilsemanns vernommen. Er bekundet, daß Ilsemann bei seiner Festnahme in Schwerin jegliche Aussage verweigert, später aber auf dem Berliner Polizeipräsidium seine Bekundungen freimütig machte. Kriminalkommissar Gröner schilderte die erste Vernehmung des Angeklagten Plaas, der ebenso wie Tillessen bekundet habe, er hätte nicht an die Verwirklichung des Mordplanes geglaubt. Später habe Plaas hinzugefügt, er hätte keine Meldung gemacht, weil er seine Kameraden nicht verraten wollte."

Nach der Vernehmung weiterer Kriminalkommissare, die wesentlich Neues nicht ergibt, schreitet das Gericht zum Verhör des Studienassessors Reisch aus Berlin. Reisch soll Auskunft geben über die Vorgänge auf dem

**Restabend des Deutschnationalen Jugendbundes**

vom 24. Juni. Er bekundete: Günther wurde begrüßt mit den Worten: „Na, Illi (das ist sein Spitzname), du bist doch der Mörder Rathenaus." Das wurde aber nur aus Hohn gesagt, denn Günther schmitt immer kolossal auf. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß der Restabend gewissermaßen ein Fest bedeute. Es seien religiöse Themata und Gegenstände der Jugendbewegung besprochen worden; die Stimmung habe unter dem Eindruck des Mordes gelitten. — Beisitzer Hartmann: Haben Ihre Jungen das Verbrechen nicht gemißbilligt? — Zeuge: Sie verhielten sich ziemlich gleichgültig. Es handelt sich um Jungen von 13 bis 18 Jahren. — Beisitzer Hermann Müller: Fördert die Schule die Mitgliedschaft an solchen politischen Vereinen? — Zeuge: Der Deutschnationale Jugendbund ist kein politischer Verein. (!) Sein Ziel ist,

**preußisches Wesen und Pflichterfüllung**

zu fördern. — Beisitzer Hermann Müller: Ist denn die Schule gegenüber solchen Bestrebungen blind? — Zeuge: Die Schule duldet die verschiedenen Vereine, wie Wandervögel- und Pfadfindervereine. Auf der einen Seite pflegt man den Geist von Weimar, während wir den

**Geist von Potsdam**

als Kulturgut der Deutschen betrachten und ihn nicht untergehen

## Die Fabel von den Platten.

Von Hans Bauer.

Sechs photographische Platten, die monatelang in der Düsternis einer mit schwarzem Papier ausgelegten Schachtel beieinander gelegen hatten, waren heute belichtet worden. Sie lagen nun in der Dunkelkammer und sollten, wie sie aus Gesprächen ihres Herrn gehört hatten, morgen entwickelt werden.

Ueber ihr großes Erlebnis von heute unterhielten sie sich eben. „Das also ist die Welt", sagte die erste. „Ja", echoten die andern. „Das, das."

„Offengestanden," fuhr die erste Platte fort, „ich hatte sie mir eigentlich anders vorgestellt, diese Welt. Nicht nur als kleines, zweistöckiges Häuschen, vor dessen Tür zwei Menschen stehen."

„Was denn?" verwunderte sich die zweite Platte. „Ein zweistöckiges Häuschen wäre die Welt? Hör mal: Du scheinst aber Deine Augen nicht sehr weit geöffnet zu haben. Wie kämest du sonst dazu, solche der Wahrheit widerstreitende Behauptungen aufzustellen. Die Welt ist das Gesicht einer Frau, die einen Klemmer trägt."

Ein schrilles Lachen erdröhnte. Die dritte Platte hatte es ausgestoßen und fuhr nun höhnend dazwischen: „Na, hat denn das Erlebnis des heutigen Tages gleich euch beide um den Verstand gebracht? Welch ein Geschwätz geht ihr von euch. Weder ein Häuschen noch eine Frau, sondern eine Landschaft ist die Welt. Eine Landschaft mit Wiesen und Feldern, in deren Mitte eine Straße läuft und an deren linker Seite ein großer Kirschbaum steht. Ich habe doch schließlich sehr genau hingeschaut und weiß, was ich gesehen habe."

Nach diesen Worten entstand eine Pause allgemeiner Verwunderung. Dann aber brach es von allen Seiten wie ein Donnerwetter los. Die beiden ersten Platten verteidigten energisch ihre Ansichten und die vierte und fünfte traten nunmehr mit ihren Meinungen hervor und setzten in beredten Worten auseinander, daß die Welt weder das eine noch das andere, noch das dritte, sondern ein Entenweiher aber vielmehr ein niedliches Kindchen sei, das seine Puppe im Arme halte.

Eine Verständigung schien unmöglich, da keine der Platten dazu zu bewegen war, die Meinung jeder anderen irgendwie ernst zu nehmen. Nur darüber waren sie alle sich einig, daß morgen nach der Entwicklung ja eindeutig festgestellt werden könne, wer denn nun recht gehabt habe.

Als der Sturm sich einigermaßen gelegt hatte, warf eine Platte ein, (und wohl, in der geheimen Hoffnung, daß sie von der Seite ihre Meinung bestätigt bekommen könnte), daß ja die sechste Platte sich noch gar nicht geäußert habe. Was sie denn zu sagen habe? Nicht wahr, eine Frau mit Klemmer ist die Welt?

„O ihr Narren", hub da die sechste Platte an. „Ich wollte schweigen, da ich mich in der Gesellschaft fanatischer unbelehrbarer Wesen befinde und doch kaum mit meiner Weltanschauung durchdringen werde. Aber da ihr mich nun einmal dazu aufgefordert habt, will ich reden. So hört denn: Die Welt ist weder eine Frau, noch ein Kind, noch eine Landschaft, noch ein Häuschen oder was sonst. So nahm sie sich von uns den beschränkten Fensterchen eures Objektives heraus. Die Welt ist alles in einem. Frau und Kind und Landschaft und Häuschen. Aber das alles ist sie erst in zweiter Hinsicht. Vor allem ist sie Licht, eine unendliche Fülle verbrennenden, herrlichen Lichtes, das von den Dingen strahlt. Ich habe dieses Licht gesehen. Sein Uebermaß hat mich geblendet. Ich bin in seine Fülle eingetaucht und habe in ihm das Wesen der Welt begriffen. Ich habe nur wenig tiefer geschaut als ihr und bin unendlich mehr beseligt worden als ihr armes Gewürm, das ihr nur ein paar winzige Strahlen aus dem Meer des Lichtes einfingt."

Ein Gewieher brach allgemein nach diesen Worten los.

Und so uneinig die Platten sich sonst waren, darin stimmten sie überein, daß die sechste Platte völlig irre rede. Und es war aus dem Herzen aller gesprochen, wenn die fünfte verächtlich die Schultern schwippte und gewichtig sagte: „Man kann zu den Meinungen von uns fünf stehen, wie man will, sie drücken immerhin einen Standpunkt aus. Was aber die sechste Platte daherredet, das ist vollendetes Geschwafel."

Am nächsten Tage wurden die Platten entwickelt. Die Säure arbeitete aus der ersten ein Häuschen heraus. Und der Herr war zufrieden. Die dritte wies eine Landstraße und die vierte einen Entenweiher und die fünfte ein Kindchen auf. Und der Herr war des allen zufrieden.

Als er jedoch die sechste Platte in die Säure warf, überzog die sich sofort völlig schwarz. „Donnerwetter, jetzt ist mir diese Platte wahrhaftig ins Licht gekommen."

Als die Entwicklungsarbeit vorüber war und die fünf Platten einträchtig nebeneinander lagen, überzeugten sie sich gegenseitig davon, daß jede von ihnen tatsächlich das Bild aufwies, das jede gestern gesehen haben wollte. Sie verwunderten sich anfangs darüber, daß das Bild der Welt so verschieden sei, forschten dann aber nicht weiter danach, woher des wohl komme, nahmen vielmehr die Gelegenheit wahr, über die sechste Platte weidlich zu spotten, die es trotz aller Großmäuligkeit nicht dazu gebracht habe, daß Abzüge von ihr gemacht würden.

Als man sich genügend darüber ausgelacht hatte, sagte die dritte Platte immerhin nachdenklich: „Was unser Herr wohl damit gemeint hat, als er von der sechsten Platte sagte, sie sei ins Recht gekommen?"

Drei Platten zuckten nachlässig die Achseln.

Nur die vierte meinte pikiert: „Das habe ich euch gehört. Als ob wir nicht ins Licht gekommen wären."

## Hallisches Kunstleben.

Das 1. Sonderkonzert der Philharmonie im „Stadtschützenhaus", ausgeführt von der „Vereinigung zur Pflege der Kammermusik für Blasinstrumente" gab tiefe künstlerische Eindrücke, zumal es die Sopranistin Else Martin in der Verwertung ihrer wertvollen Mittel technisch wie musikalisch recht genau nahm. Zudem saß Georg Göhler am Ritter-Flügel. Seine fünf Lieder mit Klavierbegleitung („Geistliches Hirtenlied", „Glück", „Erinnerung", „Die Blum im Garten", „Opferflamme", nach Dichtungen von Martin Greif, Rückert und Leuthold) brachte Else Martins stilreiner Vortrag zu eindringlicher Geltung. Es wirkt fast wie ein Wunder, daß ein Tonsetzer, der mitten im heutigen Kunstleben steht, Stücke von so edler Geschlossenheit der Haltung und Gesinnung schreiben kann. Ganz vorzüglich gewählt waren die vier Lieder mit Klavierbegleitung von Alfred Rahlwes, dessen „Lenzgetröst" mit Göhlers erlesenem Klavierspiel klanglich zur Perle des Abends wurde. Für das Quintett B-Dur (op. 28) für Blasinstrumente von Heinrich Kaspar Schmid hatte man sich einige der berühmten Bläser des Leipziger Gewandhaus-Orchesters verschrieben und so die Möglichkeit gewonnen, einmal einen Zweig der Kammermusik zu berücksichtigen, der von der Alltäglichkeit abführt in das Gebiet der künstlerischen Spezialgenüsse. Da gab es in diesem Quintett für Flöte, Oboe, Klarinette, Waldhorn und Fagott gesund und frisch empfundene, die Klangmöglichkeiten der Instrumente geschickt ausnutzende Musik, welche im Stil rückwärts auf Romantik und Klassikertum zeigt, aber auch moderne Einflüsse verrät. Die Herren Karl Bartusat (Flöte), Walter Heinze (Oboe), Willi Schreinicke (Klarinette), Richard Schaller (Waldhorn) und Günther Weigel (Fagott) boten ein in der Dynamik, im Rhythmus und im Klang fein ausgeglichenes Zusammenspiel und ließen es auch nirgends an Empfinden und Ausdruck fehlen. Siegfried Karg-Elert gab seine „Impressions exotiques" (op. 134) für Flöte und Klavier, die der Komponist im Verein mit dem Gewandhaus-Flötisten Bartusat zum Vortrag brachte. Ein Werk voll sprühenden Temperaments und feinster Harmonik, aber auch voll klanglicher Härten, die eine unbedingte Zustimmung doch erschweren. Dr. H. G.

**Stadttheater.** Die Erstaufführung der Operette „Polenblut" von Oskar Nedbal findet am Freitag 7½ Uhr statt. Heute, Dienstag, 7½ Uhr wird O. Wildes Komödie „Bunbury" wiederholt. Mittwoch 7 Uhr: „Die Walküre". Donnerstag: „Jedermann". Sonnabend: „Veer Gönt". Sonntag 11½ Uhr: Gerhart-Hauptmann-Morgenfeier. Sonntag abend 7½ Uhr: „Polenblut".

**Bei der Gerhart-Hauptmann-Morgenfeier** kommen ältere und und neue, weniger bekannte Dichtungen Hauptmanns zum Vortrag. Außerdem wird ein Akt aus der großen Bekenntnisdichtung des Sechzigjährigen: „Das Opfer" aufgeführt. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Ernst Heilborn (Berlin).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221010-11/fragment/page=0002

lassen wollen. Pflichterfüllung bedeutet bei uns, daß jeder auf seinem Platz arbeiten soll, wo er hingestellt ist. — Beisitzer Fehrenbach: Mit diesem Begriff vom preußischen Geist bringen Sie das nichtpreußische Deutschland in einen Gegensatz zur Pflichterfüllung. Glauben Sie, daß Sie mit solchen Grundsätzen den nichtpolitischen Charakter des Jugendbundes dokumentieren können? — Zeuge: Es ist mir nicht eingefallen, zwischen Preußen und den übrigen Staaten einen Gegensatz zu betonen. Uebrigens ist der Deutschnationale Jugendbund älter als die Deutschnationale Partei. — Beisitzer Jäckel: Ist im Deutschnationalen Jugendbund nicht auch Antisemitismus zu verzeichnen? — Zeuge: Jawohl, wenn man unter Antisemitismus den Kampf gegen Materialismus und Zersetzung versteht. — Vors.: Ist es denn gleichbedeutend,

**Jude und Materialist**

zu sein? — Zeuge: Man definiert es heute doch so. Den Vorwurf des Materialismus erheben wir allerdings nur gegen eine bestimmte Richtung des Judentums. — Vors. (als Beisitzer Jäckel weiter fragen will): Das ist ja hier ein reines Inquisitorium der politischen Ueberzeugung des Zeugen. — Zeuge: Ich bin mir jedenfalls bewußt, daß es

**schwarze und weiße Juden**

gibt. — Beisitzer Jäckel: Also hat der Antisemitismus im Deutschnationalen Jugendbund doch eine Stätte? — Als der Zeuge Reisch hierauf antworten will und auch seitens der Verteidigung noch Fragen gestellt werden sollen, schneidet der Vorsitzende diese Debatte ab mit dem Bemerken, daß diese Erörterung nicht zur Sache gehöre. (Wir werden das Verhalten des Vorsitzenden noch einer eingehenden Kritik unterziehen. Für heute verweisen wir auf die Einleitung zum Prozeßbericht. — Red. b. „Volksbl.").

Hierauf wurde die Sitzung auf Dienstag 9 Uhr vertagt. Voraussichtlich dürfte die Beweisaufnahme am heutigen Dienstag zu Ende gehen, so daß am Mittwoch mit den Plädoyers begonnen werden kann.

*

## Vergiftetes Konfekt.

**Fünf Personen in Berlin erkrankt.**

Eine merkwürdige und auffällige „Duplizität der Ereignisse" ist wieder einmal festzustellen. Unmittelbar nachdem in Leipzig die Angeklagten des Rathenau-Prozesses nach dem Genuß angeblich von Sarotti-Konfekt an Vergiftungserscheinungen schwer erkrankten, ereignete sich ein gleicher Fall auch in Berlin. Bei einer Gesellschaft, die am Sonnabendabend in einer in der Warschauer Straße wohnenden Familie stattfand, wurde auch Konfekt gereicht, das eine Familienangehörige, die in der Sarottifabrik tätig ist, von dort mitgebracht hatte. Nach einiger Zeit stellten sich bei allen Personen, die das Konfekt gegessen hatten, Erbrechen und sonstige Vergiftungserscheinungen ein, so daß die von dem Unfall Betroffenen schleunigst ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Glücklicherweise hat bisher keiner der Vergiftungsfälle mit Tod geendet.

Auf Anfrage des „Vorwärts" teilt die Direktion der Sarotti-A.-G. mit, daß eine Vergiftung durch Sarotti-Konfekt durchnichtserwiesen sei. Eine Angestellte der Firma habe vor 14 Tagen lose Pralinen gekauft, von denen sie sowohl wie ihre ganze Familie mit gutem Appetit gegessen haben, ohne irgendwelche Störungen zu erleiden. Eine Schwester der Angestellten soll nun Sarotti-Konfekt, man sagt in einer Packung, nach der Familie gebracht haben, wo das Essen stattfand. Die Sarotti-A.-G. neigt nun der Ansicht zu, daß, falls überhaupt eine Vergiftung durch Schokolade und nicht durch den Genuß anderer Speisen vorgekommen ist, es sich nicht um Sarotti-Konfekt, sondern nur um eine Fälschung handeln kann. Die Untersuchung ist zurzeit im vollen Gange. Ebenso sind zwei Beamte aus Leipzig in Berlin, um Untersuchungen über die Herkunft des Konfekts anzustellen, das den im Rathenau-Prozeß Angeklagten verabfolgt wurde. Hier ist man schon einer Fälschung auf die Spur gekommen, da weder Einschlag, Kontrollzettel, noch Adresse von der Sarotti-A.-G. stammen.

---

**Abgelehnt!** Aus München wird gebrahtet: Der ständige Landtagsausschuß des Bayrischen Landtages hat heute einen Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt, die Immunität der Abgeordneten und Redakteure Genossen Nietisch und Neumann aufzuheben, um sie in Strafverfolgung wegen Beschimpfung der bayrischen republikanischen (?) Regierung zu nehmen.

Es gibt nichts Besseres für Kinder u. Kranke als Achten Sie auf die Schutzmarke Poralf 258

# Aus der Werkstatt des Zehntausenders.

Die nachstehenden hochinteressanten Ausführungen über die Entstehung des neuen 10 000-Mark-Scheins haben ben Direktor der Reichsdruckerei, F. Helmberger, zum Verfasser und sind exklusiv in der Sonntagsausgabe des „B. Z." erschienen.

Red. d. „Volksblatt".

Zu Anfang dieses Jahres wurde der Reichsdruckerei eine heikle Aufgabe gestellt: Es sollte in kürzester Zeit ein hochwertiges Zahlungsmittel vorbereitet werden, das neben größtmöglichem Schutz gegen Fälschung auch den Vorzug raschen und sicheren Herstellens besitzt. Die erste der Bedingungen, das Sichern vor unbefugtem Nachahmen, war bei der vorhandenen reichen Erfahrung wohl zu erfüllen, doch sie schien unvereinbar mit der zweiten, der schnellen Erzeugung.

Nach jahrzehntelangem Brauch und noch älterer Meinung galt zwar der lineare Kupferstich und -druck als das wirksamste Mittel zum Schutze der Banknoten, doch ein guter Stich etwa von der Art des alten Hunderters oder Tausenders beanspruchte ein Jahr, bis er in die Presse kam, und dann war die tägliche Druckleistung selbst bei vorteilhaftester Arbeitsweise eine sehr geringe. Zudem war das Vertrauen auf die Unnachahmbarkeit des Kupferdruckes durch die in letzter Zeit hochentwickelte Photographie erschüttert, weil selbst Amateure ihre Kunst an gültigen Kupferdrucknoten nicht ohne Erfolg versucht hatten. Es konnte also nur Buchdruck in Frage kommen.

Nach Klärung dieser durchaus nicht nebensächlichen Frage der Druckart erst konnte den Einzelheiten nähergetreten werden. Das Verlangen nach bestmöglichem Schutz bedingte ein Verbinden und geschicktes Ausnutzen aller bekannten und erfolgversprechenden Fälschungshindernisse. Der Schein mußte neben figürlichem Schmuck auch dem von der Maschine hergestellten Schleifenornament, der Guillosche, reichen Spieltraum lassen und die einzelnen Farben zu Gesicht bringen.

Entsprechend dem hohen Wert der Note mußte besonderes Gewicht auf figürlichen Schmuck gelegt werden. Scharf geschnittene Köpfe bieten dem Fälscher erfahrungsgemäß besondere Schwierigkeiten, prägen sich aber andererseits dem Beschauer so ein, daß ihm selbst bei flüchtigem Betrachten Veränderungen oder Abweichungen vom gewohnten Bilde sofort zum Bewußtsein kommen. Aus diesem Grunde ist die Verwendung sogenannter „Schönheiten", die einem möglichst allgemeinen Ideal entsprechen, zu vermeiden, denn sie finden als etwas Alltägliches nicht die nötige Beachtung. Solche Erwägungen waren auch maßgebend für die Auswahl des Kopfes, auf dem 10 000-Mark-Schein. Das verwendete Bild ist ein Stich nach einem Gemälde Albrecht Dürers und stellt wahrscheinlich den jüngeren Bruder des Meisters dar.

Wesentlich einfacher als die Frage des figürlichen Schmuckes waren Schrift und Zierat zu lösen. Selbst auch der Phantasie des Banknotenmachers recht wenig Raum zur Betätigung, so kann er sich mit diesen beiden Elementen doch leichter abfinden. Klarheit, Deutlichkeit ist die Grundbedingung, die erfüllt werden muß, soll die Banknote ihrem Zweck genügen. Darum die einfache, fast nüchterne Schrift des Aufdruckes auf der Vorderseite und die beiden großen Wertzahlen auf der Rückseite. Eine reiche Ornamentierung der Schriftzüge, wie es bei Erzeugnissen des Kupferdrucks angebracht erscheint, empfiehlt sich bei mehrfarbigen Noten schon deshalb nicht, weil die Durchsichtigkeit beeinträchtigt und das darunterliegende Flächenmuster nicht mehr deutlich gesehen werden würde. Die Schärfe des Unterdruckes, wie überhaupt jeder einzelnen Linie der Guillochen ist neben dem Bilde das Haupterfordernis gelungen Wertpapieres, denn hieran ist am ersten das Falschstück vom echten zu unterscheiden. Das Anfertigen dieses Guillochenschmuckes geschieht mit besonderen Maschinen, ist zeitraubend und kostspielig.

Aber mit vielgestaltigem Zierrat und vorsichtig gewählten Farbenverbindungen allein hätte der gewissenhafte Banknotenmacher seine Pflicht noch nicht erfüllt. Es gilt auch das Papier als den Träger des Wertes besonders zu schützen und seine Echtheit durch sinnfällige Merkmale darzutun. Die Besonderheit des deutschen Geldpapiers besteht seit Jahrzehnten in den an bestimmter Stelle der Oberfläche eingebetteten bunten Fasern. Solcher Faserstreifen besitzt der 10 000-Mark-Schein zwei, einen orangerosen in der Mitte und einen braunen auf dem rechten freien Rande der Rückseite. Die bunten Fasern sind nicht in den Papierstoff verwebt, sondern liegen auf der Oberfläche und können mit einer Nadel unschwer aus ihrem Bette gehoben werden. Seit neuerer Zeit bedient sich die Reichsdruckerei neben der Faserung des Papiers auch eines hell-dunklen Wasserzeichens mit Wertziffer und wolkiger Tönung. Beim Zehntausender sollte dieser bedeutende technische Fortschritt in der Wasserzeichenherstellung seine Feuerprobe bestehen. Nach den bisherigen Erfolgen, insbesondere bei der Hilfsbanknote zu 500 Mk., ist der Versuch zur vollen Zufriedenheit ausgefallen.

So entstand in mühevoller, fleißiger Arbeit innerhalb weniger Monate die Reichsbanknote über 10000 Mark. Für den zunächst nur in beschränktem Umfange vorgenommenen Druck wurden alle technischen Erfahrungen zunutze gemacht, jeder einzelne Schein viermal numeriert und obendrein wiederholten strengen Prüfungen auf Mängel oder Auffälligkeiten des Druckes unterzogen. Von dieser unbedingten Sorgfalt in der Verarbeitung wurde auch nicht abgewichen, als die Verhältnisse auf dem Geldmarkt erweiterte Herstellung und Ausgabe dieses Zahlungsmittels erheischten. Dank dieser in allen Phasen des Entstehens betätigten Gewissenhaftigkeit der Reichsdruckerei ist es bis heute auch nicht einmal zu einem ernsthaften Fälschungsversuch gekommen. Was das bei dem Geldwert der Note und der im In- und Auslande gleich gut entwickelten Fälscherkunst bedeuten will, kann nur der Kundige ermessen. Doch was bisher nicht war, kann schon morgen sein. Und darum achte jeder, und zwar bei jedem Scheine, auf die Vollkommenheit des Druckes, auf das Aufsehen des Bildes, auf Faserstreifen und Wasserzeichen. Er wird das nie bereuen.

## Gewerkschaftliches.

### „Das soziale Gewissen der Arbeitgeber."

Der bekannte günstige Wind wehte uns ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes Quedlinburg an seine Mitglieder auf den Tisch. Der Inhalt desselben ist für uns so interessant, daß wir ihn der breitesten Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wollen, da die Oeffentlichkeit ein Interesse daran hat, zu erfahren, auf wessen Kosten der Zusammenschluß der Arbeitgeber erfolgt:

Von einer bereits länger zurückliegenden Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, uns der Arbeitgebervereinigung für Halberstadt und Umgegend anzuschließen. Die Ausführung dieses Beschlusses ist jedoch bisher unterblieben, da die hierfür aufzubringenden Beträge weit höher sind als angenommen war. Unsere letzten Tarifverhandlungen mit den Angestellten haben jedoch wieder bewiesen, daß es eine zwingende Notwendigkeit ist, uns dieser Organisation anzuschließen, denn **Halberstadt und die umliegenden Städte Oschersleben, Wernigerode und Blankenburg haben infolge ihres Zusammenschlusses weit niedrigere Tarifsätze für August erzielt als wir. Der Beitritt erfordert zwar ziemlich hohe finanzielle Opfer, diese werden aber durch die hierdurch herbeigeführte Niedrighaltung der Tarife bei weitem ausgeglichen.** Es soll nun in einer am Freitag, dem 8. September, abends 8 Uhr, im Schillingschen Saale stattfindenden Versammlung beschlossen werden, ob wir unseren Beschluß, uns der Arbeitgebervereinigung für Halberstadt und Umgegend anzuschließen, aufrechterhalten wollen und wie die hierfür notwendigen Mittel aufzubringen sind.

**Vereinigung selbst. Einzelhändler Quedlinburgs, E. V.**

Die Unternehmer zahlen freudig ihren Beitrag zur Organisation, weil sie wissen, daß er tausendfache Zinsen bringt. Um wieviel haben die Arbeitnehmer Veranlassung, ihrer Organisation zu geben, was ihr gebührt, um die Angriffe abzuwehren und für ein menschenwürdige Existenz zu kämpfen.

### Gewerkschaften und Zeitungsnot.

So unentbehrlich für die Gewerkschaftsmitglieder auch das Verbandsorgan ist, das sie kostenlos erhalten haben, mit dem Wochenbeitrag zusammen bezahlen, so ist es doch mehr noch die täglich erscheinende Arbeiterzeitung am Orte. Abgesehen davon, daß jeder rechte Gewerkschaftler seine Tageszeitung lesen muß wie jeder andere Kulturmensch, haben die Gewerkschaften allerorts ein ganz besonderes Interesse an ihrer Tageszeitung, der Arbeiterpresse. Die Arbeiterzeitung vertritt nicht nur die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern sie nimmt auch zu den Tageskämpfen der Gewerkschaften Stellung als Sprachrohr der Gewerkschaften für die Oeffentlichkeit. Für die Wirkung der gewerkschaftlichen Anzeigen (die mehr als bisher in der Arbeiterpresse aufgegeben werden müssen. Red. „Volksbl."), Mitteilungen, Berichte und Aufrufe ist es auch nicht ganz einerlei, ob alle Gewerkschaftsmitglieder oder nur ein Teil die Arbeiterzeitung ständig lesen, wie groß ihr Leserkreis insgesamt ist, wie sie finanziell gestellt ist, um all den Ansprüchen zu genügen, die an eine moderne Tageszeitung gestellt werden.

Den älteren Gewerkschaftsgenossen brauchen wir hier nicht erst zu erzählen, welche Opfer gebracht werden mußten, um an den

## Hildas Geheimnis.

58 Roman von Maria Linden.

„Gehen Sie endlich!" befahl sie dann ungeduldig. „Sie vergessen, daß Sie Kammerjungfer sind, ich dulde es aber nicht, daß Sie sich als Gesellschaftsdame aufspielen."

Fräulein Smith entfernte sich nun. Während sie das Spitzenkleid einpackte, beehrte sie Lady Anne mit dem Kosenamen: alter Drache, garstige Hexe.. Ohne jede Uebereilung setzte sie ihren zweitbesten Hut auf, zog sehr langsam Handschuhe an und ergriff bedächtig einen Sonnenschirm. Sie hatte das Spitzenkleid so geschickt eingepackt, daß es nur ein kleines Paket ausgab. Als Fräulein Smith in das Zimmer trat, sagte Lady Anne halblaut:

„Was für ein eitler Affe kommt denn dort?"

Die Jungfer schien diese Worte nicht auf sich zu beziehen, denn sie lächelte sehr freundlich. Beide traten nun den Weg zu Madame Artot an. Obgleich Fräulein Smith die Führerin war und naturgemäß hätte vorangehen müssen, schritt sie doch drei Schritte hinter Lady Anne her. Als sich der Weg teilte, blieb die Dame stehen und blickte ihre Begleiterin fragend an.

„Rechter Hand, Lady Anne" sagte Fräulein Smith.

„Ist es noch sehr weit?" fragte Lady Anne mit gerunzelter Stirn. Der Schweiß war ihr aus allen Poren ausgebrochen und das feine Batisthemd klebte ihr förmlich am Körper.

„Darüber kann ich leider keine Auskunft geben", versetzte Fräulein Smith bedauernd. „Madame Martin sagt, es ist das erste Häuschen an der Landstraße."

„Sie wissen natürlich nie das, was Sie wissen sollen", tadelte Lady Anne und setzte ihren Weg verdrossen fort. Endlich war das Häuschen der Mutter Artot erreicht. Pauline stand im tiefsten Negligé am Bügelbrett und plättete. Ihre niedlichen Füße waren nur mit Pantoffeln bekleidet. Lady Anne rümpfte die Nase, als sie sah, daß die junge Frau keine Strümpfe trug, aber sie enthielt sich jeder abfälligen Bemerkung darüber, um die Laune der hübschen Plätterin nicht zu trüben.

„Was für ein hübsches Kind", sagte Lady Anne voll gnädiger Herablassung den kleinen Raoul anlächelnd, der an seinem Tischchen saß, und ein Glas Ziegenmilch trank. „Wohl Ihr Brüderchen?"

„Mein Kind", verbesserte Pauline.

„Was Sie sagen", verwunderte sich die Engländerin. „Sie sehen so jung aus. Ich habe Sie für siebzehn Jahre gehalten."

Diese Schmeichelei machte jedoch nicht den geringsten Eindruck auf Pauline. Sie fragte höflich:

„Womit kann ich der Gnädigen dienen?"

„Können Sie dieses Spitzenkleid waschen und plätten?" fragte Lady Anne.

Die junge Frau warf einen flüchtigen Blick darauf, dann sagte sie:

„Na, das kann ich. Es wird sich aber nicht billig stellen."

„Der Preis spielt keine Rolle", entgegnete die Engländerin hochfahrend.

„Das glaube ich gern," dachte Fräulein Smith, „denn Lady Glendower bezahlt die Wäsche."

„Ich möchte das Kleid morgen früh haben", fuhr Lady Anne fort.

„Das ist unmöglich", erklärte die Großmutter. „Pauline hat bis Samstag nachmittag fest zu plätten, dann muß sie Rechnungen schreiben und die Wäsche abliefern."

„Mein Gott, die kleine Arbeit können sie wohl heute nach Feierabend machen", sagte Lady Anne. „Wie lange dauert es denn? Es trocknet bei der Hitze ja im Handumdrehen."

Nun war jedoch die Geduld der alten Frau erschöpft. Sie wurde zum erstenmal in ihrem Leben gegen eine Kundin unhöflich. Scharf und bestimmend entgegnete sie:

„Das sagt die Gnädige, weil die Gnädige keinen blauen Dunst von der Arbeit hat. Wenn die Gnädige glaubt, daß es sich um die Arbeit einer Stunde handelt, ist sie auf dem Holzwege. Die ganze Robe muß aufgetrennt werden, es sind dazu dehnbare Gestelle vorhanden. Jedes einzelne Pikot muß aufgetrennt werden. Das dauert bei großem Fleiß fünf bis sechs Stunden. Ein Spitzenkleid kann nicht wie ein Hemd behandelt werden."

„Aber ich sagte Ihnen doch schon, daß bei mir das Geld keine Rolle spielt", rief Lady Anne aus. „Die junge Frau wird nicht sterben, wenn sie auch mal eine Nacht durcharbeitet. Sie wird ja gut dafür bezahlt."

„Wenn jemand täglich von vier Uhr morgens bis zehn Uhr abends schuftet, hat er ein wohlbegründetes Recht auf seine Nachtruhe", versetzte die Großmutter scharf. „Dienstag früh kann die Gnädige ihre Robe haben. Kann die Gnädige nicht so lange warten, so müssen wir zu unserm Bedauern auf die Arbeit verzichten."

Fräulein Smith, die hinter Lady Anne stand, tauchte mit Pauline einen Blick voll inniger Schadenfreude aus, und Lady Anne entgegnete:

„Ich werde bis Dienstag warten. Sagen Sie, Sie hatten eine deutsche Wäscherin gemietet?"

„Da ist die Gnädige falsch berichtet", antwortete Pauline. „Ein sehr gebildetes deutsches Fräulein war eine Zeitlang unser Gast und half uns bei der Arbeit, um sich erkenntlich zu zeigen. Wir vermissen die Dame sehr."

„Haben Sie keinen Anstoß an ihrem lockeren Lebenswandel genommen?" erkundigte sich Lady Anne mit tugendhafter Entrüstung.

„Die Dame ist rein wie ein Engel", beteuerte das Großmütterchen mit blitzenden Augen. „Wer schlecht von ihr spricht, versündigt sich schwer."

„Sie ist ein Muster von Sittsamkeit und Tugend", stimmte Pauline der alten Frau bei. „Ich kenne viele vornehme Damen, die ihr in keiner Hinsicht das Wasser reichen."

„Jawohl," dachte Fräulein Smith „und eine von der Sorte steht vor Ihnen und will spionieren, um ein edles Wesen um eine wahrhaft glänzende Stellung zu bringen."

„Wie kommt es aber, daß diese Perle keinen Dienst finden konnte?" höhnte Lady Anne.

„Bei Lehrerinnen sagt man nicht Dienst, sondern Engagement", rief Pauline keck aus. „Das Fräulein war bei einer reichen Frau gewesen und schwer erkrankt. Weil sie dort keine Pflege hatte, nahmen wir sie zu uns."

„Hat die Gnädige nie das schöne Bibelwort gelesen: Tröstet den Fremdling?" fragte die alte Frau.

„Wir sind arme Leute. Wir verdienen uns das tägliche Brot schwer, aber wir würden es für eine große Sünde halten, wenn wir eine schutzlose, unschuldige Fremde kränkten, um unsern Haß zu befriedigen. Wie die vornehmen Herrschaften darüber denken, weiß ich freilich nicht. Vielleicht ist die Gnädige so gütig, mir darüber Aufklärung zu geben."

„Adieu!" sagte Lady Anne kurz und verließ das Zimmer. Sie ist dem Großmütterchen noch heute die Antwort schuldig.

Fräulein Smith schien von einem Gähnkrampf befallen zu sein, denn sie hielt die Hand vor den Mund, aber aus ihren Augen lachte helle Freude, und die Grübchen in ihren Wangen hatten sich vertieft, wie es geschieht, wenn jemand so recht von Herzen lacht. Als die Besucherinnen das Häuschen verlassen hatten, sagte Pauline:

„Die Kundschaft der Lady Glendower werden wir wohl verloren haben, aber das soll mich nicht grämen, denn ich werde mich bis an mein Lebensende darüber freuen, wie fein du der Lady Anne heimgeleuchtet hast, Großmama. Das Vergnügen ist mir den Verlust einer Kundschaft wert."

„Da Lady Glendower die Wäsche bezahlt, fragt es sich noch, ob wir die Kundschaft verlieren", antwortete die alte Frau. „Auf alle Fälle wollen wir den Tag feiern, an dem wir die Spionin so gründlich in die Flucht geschlagen haben. Ich werde uns einen Apfelkuchen backen."

„Mit viel Zucker, gelt ja, Großmama?" bettelte der Kleine.

Lächelnd nickte die alte Frau mit dem Kopf. In dem kleinen Häuschen, in dem die Arbeit herrschte, sah man drei frohe Gesichter.

Verdrießlich, mit hängender Unterlippe, fuhr Lady Anne den Weg in das Schloß zurück. Dagegen befand sich Fräulein Smith in der heitersten Stimmung. Sie trug die Szene, die sich in dem Häuschen der Mutter Artot abgespielt hatte, zur Erbauung der ganzen Dienerschaft dramatisch bewegt vor und entfesselte dadurch einen Sturm von Heiterkeit.

„Es fährt ein Wagen vor, Jaques," rief Madame Martin. „Schauen Sie nach, ob es Mylady ist."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192210 10-11/fragment/page=0003

einzelnen Orten eine Arbeiterzeitung zu begründen und sie über Wasser zu halten, bis sie endlich bestehen konnte. Gegenwärtig aber setzt die Arbeiterpresse erneut vor den allergrößten finanziellen Schwierigkeiten. Soll die Arbeiterpresse der Bedrohung ihrer Existenz nicht erliegen, müssen auch die örtlichen Gewerkschaften dabei mithelfen. Sie können dies einmal, indem sie ihren Mitgliedern die Bedeutung der Presse klarmachen und sie ermahnen, so schwer es auch im einzelnen Fall oft sein mag, nicht wegen des ziffernmäßig hohen, aber relativ niedrigen Bezugspreises als Abonnenten abtrünnig zu werden, um zu „sparen". Das wäre eine Sparsamkeit, die sehr wenig hilft, sich aber bitter rächen würde an der Gesamtheit der Arbeiterbewegung.

Ohne diese Zeitung sind politische Macht und gewerkschaftlicher Einfluß der Arbeiterschaft gelähmt. Die Arbeiterpresse ist das unentbehrlichste Mittel, dessen sich die Gewerkschaften in ihrem Kampf um Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft bedienen müssen. Eine in ihrer Wirksamkeit beschränkte Arbeiterpresse ist gleichbedeutend mit Herabminderung politisch-wirtschaftlicher Erfolgsmöglichkeiten für die Gewerkschaften. Heute, nach der Vereinigung der sozialistischen Parteien, ist die politische Bewegung und die Gewerkschaftsbewegung bedeutend mehr miteinander verbunden, als wie das in der Zeit der Zersplitterung der Fall war. So ist jetzt die Arbeiterpresse ein integrierender Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung.

Aus alledem erhellt, daß niemand mehr als gerade die Gewerkschaften sich gegenüber der Notlage der Arbeiterpresse nicht gleichgültig verhalten dürfen. Jetzt erst recht, in der Zeit der Not, müssen sie die Arbeiterpresse unterstützen, sowohl durch Anzeigen wie auch durch Ermahnungen an ihre Mitglieder, soweit irgend möglich, ihre Zeitung weiter zu halten und den Bezug wieder aufzunehmen, wo er bereits vor Monaten infolge des höheren Preises aufgegeben wurde. **Gewerkschaftsgenossen, unterstützt Eure Presse!**

## Wiedervereinigung und Gewerkschaften.*)

Die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien wäre nur ein halber Gewinn, wenn nicht aus ihr eine höhere Einheit aller proletarischen Organisationen erwachsen würde. Wir begrüßen daher besonders jenen Satz im Aktionsprogramm, der davon spricht, daß **„die Kampfziele die höchste Kraftentfaltung des Proletariats, die Stärkung all seiner politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, die volle Geschlossenheit und Einheit seiner Aktion erheischt"**. Höchste Kraftentfaltung, volle Geschlossenheit und Einheit der Aktion — das ist in der Tat das, was wir brauchen, um endlich nach all den Fehlschlägen und Trugschlüssen wieder vorwärtszukommen und die sozialistische Arbeiterbewegung zum Anziehungspunkt aller Mühseligen und Beladenen zu machen.

*) Aus der neuesten Nummer 17 „Unser Weg", Herausgeber Paul Levi.

**Denn wer wollte sich verhehlen, daß die hinter uns liegenden Richtungs- und Bruderkämpfe ohne Wirkung auf die Gewerkschaften und Genossenschaften geblieben wären, wer bestreitet, daß große Schichten des Proletariats mißmutig und angewidert beiseitestehen, andere wieder abgestoßen wurden und so vor ihrem Uebertritt zum Sozialismus zurückschrecken. Und so wird endlich die Wiedervereinigung der politischen Parteien auch die andern proletarischen Organisationen mit neuem Flügelschlage beleben, die Summe von Mißtrauen und Verärgerung zu streichen und dafür Vertrauen und Liebe zur Mitarbeit säen. Mögen dann noch die in alten Vorstellungen Befangenen weiter übersehen, daß die Verhältnisse sich wesentlich gewandelt haben, und mögen sie in ihrer Einsichtslosigkeit weiter gegen Personen und Organisationen anrennen, sie werden vom neuen Leben der Arbeiterbewegung entweder aufgesogen oder als hoffnungslose Sekte beiseitegeschoben.**

Und hätt' er sich auch nicht dem Teufel übergeben,
er müßte doch zugrunde gehen —

Wie in der großen Sozialdemokratie Meinungs- und Richtungskämpfe nicht fehlen werden, so noch weniger in den Gewerkschaften. Das gehört zum Pulsschlag des Lebens einer Organisation. Wir wollen uns auch nicht verhehlen, daß vieles am Organisationsleben der Gewerkschaften verbesserungsfähig und -bedürftig ist. Weder alle Auseinandersetzungen, ganz gleich welcher Art, wird aber fortan der Geist gemeinsamer Arbeit und brüderlichen Einvernehmens walten, der uns nicht mehr hinabzerrt in die Niederungen persönlicher Verleumdungen und Verdächtigungen. Damit allein ist die Bürgschaft gegeben, daß alle Kritik schließlich ins Positive umschlägt, zum Nutzen der gesamten Arbeiterbewegung. Freude an der Gewerkschaftsarbeit und an dem Versammlungsleben, das jetzt Belebung und Erweiterung des Gesichtsfeldes verspricht, wird die Müdigkeit und Indifferenz der Massen ablösen. Ohne diese Voraussetzung können die Gewerkschaften nicht jene Aufgabe erfüllen, die ihnen Marx schon gestellt hat: „Schulen des Sozialismus" zu sein.

Freilich jene Zeiten geruhsamer und zäher Gewerkschaftsarbeit aus der Vorkriegszeit sind vorüber. Eine Fülle neuer, überaus schwieriger Probleme sind an die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse gestellt. Sie scheinen schier unüberwindlich, wenn nicht die ganze Kraft aller Schaffenden mit heranwachsenden wird. Neben den innerpolitischen Fragen verstricken sich in das unentwirrbare Netz uns bestürmender Schwierigkeiten die außenpolitischen Vorgänge. Die Arbeit im Innern wird durch die Kriegsfolgen und durch das Siegerdiktat sehr erschwert, oft zerschlagen. Aber die Gewißheit, die wir aus allen diesen Verwicklungen schöpfen — nämlich, daß der Kapitalismus immer mehr die Notwendigkeit der Gemeinschaft beweist —, erhebt uns immer wieder in all den niederdrückenden Verhältnissen und gibt uns Kraft und Schwung, sie schließlich doch zu meistern. Diese siegesgewisse Zuversicht zu verbreiten und zu vertiefen, das ist eine der Hauptaufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Gewerkschaften im besonderen.

## An die Leser des Volksblattes.

**Durch die Zusammenlegung der beiden bisherigen sozialistischen Zeitungen macht sich auch eine Umgruppierung der Austrägerbezirke im Stadtbezirk Halle notwendig. Die Neueinteilung ist mit peinlichster Sorgfalt durchgeführt, was jedoch nicht ausschließt, daß doch Störungen in der Zustellung in den ersten Tagen erfolgen. Wir bitten unsere Leser, etwa eintretende Störungen sofort dem Verlag, Harz 42/44 (Fernsprecher 4605), mitzuteilen.**

## Versammlungen und Veranstaltungen.

**Bau- und Möbeltischler.** Mittwoch, den 11. Oktober, abends ½8 Uhr im „Volkspark": Branchenversammlung. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

**Jungsozialisten.** Heute (Dienstag) abend 7½ Uhr beginnt der Vortrag des Parteisekretärs Genossen Petersdorff über: „Die politische Lage." — Oktoberprogramm: Dienstag, 17. Okt.: Geselliger Abend. — Sonntag, 22.: Besichtigung der Feuerwehrhauptwache. — Dienstag, 24.: Vortrag „Die Entwicklung der Presse." Referent: Genosse Redakteur Schulz. — Dienstag, 31.: Literarischer Abend. (Genosse Thilo v. Schaewen). Nähere Angaben erfolgen vor jeder Veranstaltung im „Volksblatt."

**Arbeiter-Jugend.** Donnerstag, den 12. Oktober: außerordentliche Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

## Wetter-Voraussage.

Mittwoch, 11. Oktober: Ziemlich trübe, windig, milde, zeitweise Regen.

## Aus der Geschäftswelt.

**Anstatt das teure Fleisch der Suppe wegen auszukochen,** brät man es lieber und stellt die zur Suppe benötigte Fleischbrühe rasch und mühelos aus Maggi's Fleischbrühwürfeln her.

**Gemüse,** wie Bohnen, Karotten, Erbsen, Kartoffeln, Weiß- oder Wirsingkohl usw., in Fleischbrühe aus Maggi's Fleischbrühwürfeln gargekocht und mit etwas Mehl angebunden, schmecken wie mit Fleisch zubereitet.

Verantwortlicher Redakteur: für Politik und Wirtschaft: F. O. Schu.; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottfried Kainarek; für den verantwortlichen Teil: Karl Gerbes; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herrn. Druck u. Verlag: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, G. m. b. H. Halle (Saale), Harz 42/44


Versammlungsanzeiger

SPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Braunsdorf-Bedra. Freitag, 13. Okt. abends 7 Uhr, im Bedra, Gasthof Löwe Mitgliedversammlung. Tagesordnung: Die Parteitage von Gera und Nürnberg und die Einigung des Proletariats. Referent Genosse Wenschewitz. Pünktliches Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Roßtzsch. Donnerstag abend 8 Uhr im Gasthof „Zur Tanne" Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Elternbeiratswahl. Referent Genosse Rektor Furhofe-Bitterfeld.

Sangerhausen. Am Donnerstag, den 12. Oktober, im Saale des Schützenhauses Oeffentliche Versammlung. Genosse Landtagsabgeordneter Gäbke-Merseburg spricht über das Thema: Die bürgerliche Wirtschaft im Kreise Sangerhausen und die kommenden Kreistagswahlen. Ein reger Besuch der Genossen und Genossinnen wird erwartet.

Vereinsanzeiger

Die Naturfreunde. Heute Dienstag Gruppenabende. Donnerstag abend Versammlung der Ortsgruppe „Volkspark".

Licht-Spiele C.T. Ein Sturm der Begeisterung folgt jeder Aufführung des täglich vor ausverkauftem Hause begeisterten, alles andere weit übertreffenden weltberühmten Romans von Alexander Dumas dem Aelteren: Der Graf von Monte Christo. Dazu der prachtvolle Bühnenteil. Operetten-Theater Lichtspiele. 6783

Wintergarten. Heute Dienstag: Großer Protest-Entscheidungskampf! Nikolai Wanjek gegen v. d. Heyd Champion v. Pol. Deutsch. Mittelgewichtsmstr. Infolge der viel. Proteste, daß der Sieg über Wanjek nicht einwandfrei gewesen sei, hat v. d. Heyd auf diesen Sieg verzichtet und verlangt nochmals mit Wanjek zu ringen. Der Kampf geht bis zur Entscheidung. Die Prämie ist auf 6000 Mark erhöht. Ferner ringen: Albert Hein gegen Schachschneider Weltmstr. i. Mitte gew. Ehem. zimaleurweltmstr. Fritz Schrader gegen Karl Herold Meisterring v. Hann. Meisterring. v. Schlesien. Anfang der Kämpfe 8.30. Billettvorverkauf im Wintergarten-Café.

ZOO 263
Mittwoch, den 11. Okt., abends 7 Uhr: Großer Tanzabend. Wiener Ballmusik (Kompositionen v. Strauß) :: Volles Orchester. Musik Seifert. ::

Lassen Sie sich nicht durch Zahlen täuschen! Ich überbiete jede Konkurrenz und zahle höchste Preise für alle Sorten Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle und andere Rohprodukte. E. Günther. Grasewege 3. Telephon 6130. 72

„Hildas Geheimnis?" in Buchform ist zurzeit nicht lieferbar. Von derselben Verfasserin empfehlen wir die beiden Romane: „CHRISTEL" und „Stiefkinder des Glücks" jeder Band nur 15,— Mk., mit Porto 20,— Mk. in den Volksbuchhandlungen der Vereinigten Sozialdemokr. Partei in Halle, Gr. Ulrichstraße 27, Eisleben, Grabenstraße 50, Wittenberg, Jüdenstr. 10, im Zigarrengeschäft des Gen. Sauerwein.

Druckaufträge jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Stadttheater. Mittwoch, den 11. Oktob., Anfang 7 Ende 11 Uhr. Die Walküre von Richard Wagner. Donnerstag: Jedermann. 259

Brieftaschen in Leder, billigst nur Schmeerstr. 19 Lederwaren-Spezial-Geschäft

Kinderwagen Bettstellen Matratzen. Nur Preisfragen - Grösste Auswahl. Bruno Paris, Spezialgeschäft, Kl. Ulrichstr. 2

M. Meißner, Grünstraße 29 (Nähe Walhalla). Tel. 2131 :—: Tel. 2131. zahlt für Kupfer . . . Kilo 320,00; Rotguß . . . „ 220,00; Messing . . „ 180,00; Blei u. Zink „ 105,00. Papierabfälle, Lumpen, Eisen, Felle, Flaschen usw. zum besten Tagespreis! Für Händler und Industrie Vorzugspreise. Bei Metallen Personalausweis erforderlich.

1 Paar Damenschuhe (Größe 40) preiswert zu verkaufen. G. Nader, Herrenstraße 19 I.

BREMEN

AMERIKA. OSTASIEN-AUSTRALIEN. Regelmäßiger Personen- u. Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen. Reisegepäck-Versicherung. Nähere Auskunft durch NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN und seine Vertretungen in Halle: Lloyd-Reisebureau L. Schönlicht, Poststrasse. 77

Kaufe Lumpen, Alteisen, Bücher, Zeitung. Papierabfälle zu Tagespreisen! Adolf Beer. Kutschgasse 2. Fernruf 2726.

Schlafzimmer, Küchen in bekannt guter Ausführung sehr preiswert bei H. Bergmann, Möbelfabrik, Halle, Fischerstraße 31. 74

Mus-Töpfe in allen Größen. Sobel. Halle a. S., Ammendorf, Cöthen, Könnern. 256

Keine Prahlerei! Zu wirklich hohen Preisen kaufe fortwährend Edelmetalle und deren Abfälle. Gold- Silber- Platin- Bruch Barren Uhren Bestecke Ketten usw. Zahngebisse Feinsilber Bleche usw. Doublee-Abfälle. Bitte Vergleichen! Metallkontor A. Abramowitz, Schmerstraße 14 I.

Nähmaschinen-Reparaturen führt sachgemäß aus Richter, Mechaniker, Schweitzerstraße 10. 137

UT. Leipziger Str. 58. Die kleine Stenotypistin. Aus dem Liebesleben einer Kontoristin. 5 Akte. Der 3. Teil d. Abenteuerfilms Unter der roten Maske. Sieg um Sieg. 6 Akte.

W.T. Walhalla-Lichtspiel-Theater. Der große Sittenfilm Bardame. 5 Akte aus dem Leben der Großstadt. Der Sensations-Abenteuerfilm Weltstadtbanditen. 5 spannende Akte.

Beginn 4 Uhr.

Der außergewöhnliche Erfolg! UT. Die Schlacht am Skagerrak wie sie in Wirklichkeit war. Vorführung: 5.15 7.25 9.40. Alte Promenade. Seine Exzellenz — der Revisor. Ein lustiges Abenteuer aus der guten alten Zeit in 5 Akten.

Mittwoch und Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr: Große Familienvorstellungen. Die Schlacht am Skagerrak. Die Busennadel Goethes. Zu diesen Vorstellungen zahlen Erwachsene sowie Jugendliche kleine Preise.

Hausfrauen! kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren.

Arbeitsmarkt

1 Bauschlosser und 1 Bauglaser sofort or. nicht. Ulestraße 3 265

Suche zum 15. Oktober ordentliches Alleinmädchen bei hoh. Lohn. Schubert, Mühle Crumpa bei Mücheln.

Herr.-Anzüge und Mäntel werden sauber und billig gewendet bei Karl Mansfeld, Herren-Schneider, Brunnenwarte 34, II. 255

Inserate finden hier weiteste Verbreitung


## Familien-Nachrichten

Liselotte. Hocherfreut melden wir hierdurch allen lieben Genossinnen und Genossen die Geburt eines gesunden Töchterchens. Halle a. d. S., den 10. Oktober 1922. Willy und Lene Herzig. Als Großeltern schließen sich mit herzlicher Gratulation an: Wilhelm Herzig und Frau

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221010-11/fragment/page=0004

# Sitzung der Stadtverordneten.

**Die Konstituierung der USPD. als stärkste Fraktion unmöglich gemacht. — Eine Fraktion Kürbs im Stadtparlament. — Erhöhung der Wasserpreise und Verwaltungsgebühren. — Kontrollausschuß oder Preisprüfungsstelle?**

## Die Bürgerlichen triumphieren!

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten gab es eine kleine Sensation. Der Vorsteher gab dem Kollegium Kenntnis von der Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen. Die Mitteilung löste auf der Seite der bürgerlichen sicher keine angenehmen Gefühle aus, da sie annahmen, daß die vollzogene Einigung mit Sicherheit eine Erschütterung ihrer, trotz Stimmengleichheit, doch stärkeren Position im Gefolge haben müsse. Hatte doch selbst der Generalanzeiger gestern die betrübliche Feststellung machen müssen, daß die neue Partei, falls keine Absplitterungen erfolgen, zur stärksten in der Stadtverordnetenversammlung würde und somit den Posten des Vorstehers für sich beanspruchen hätte. Die betrübten Mienen der Kapitalistenvertreter hellten sich aber zusehends auf, als Genosse Kürbs im Anschluß an die vom Vorsteher zur Verlesung gebrachte Mitteilung die Erklärung abgab, daß er in Gemeinschaft mit seinem Freunde Otto die Fraktion der USPD. weiter aufrechterhalten würde. Diese Feststellung löste auf den Sitzen derer um Steckner ein erleichtertes „Gott sei Dank!" aus, denn man hatte auf jener Seite rasch erkannt, welch großen Gefallen diese Genossen den Herren auf der Geldsackseite durch ihre Eigenbrödelei erwiesen hatten. „Damit bleiben wir die Stärksten!" so flüsterte man sich dort, die Wirkung des Sondervorgehens schnell überrechnend, freudig bewegt zu. „Damit sind die neuen Brüder nicht die stärkste Sippe im Stadtparlament geworden" stellte auch das deutschvölkische Brotwucherblatt in seiner Besprechung heute morgen schmunzelnd fest.

Ob Kürbs auch diese Seite seines Sondervorgehens bedacht hat? Wir vermögen es nicht zu glauben, denn sonst hätten ihm die zahlreichen wichtigen Abstimmungen, bei denen der bürgerliche Vorsteher Keil mit seiner Doppelstimme den Ausschlag gab, zu Bedenken Anlaß geben müssen. Zu denen, die die Schwächung der einst 27 Mann starken unabhängig-sozialistischen Fraktion mit ihren unliebsamen Folgeerscheinungen wiederholt aufs schärfste verurteilten, gehörte auch der Genosse Kürbs. Nun der damals von den Hallischen Vertretern der Moskauer Regierungspolitik angerichtete Schaden wieder gutgemacht werden konnte, wird dies abermals verhindert.

Das Verhalten des Genossen Kürbs erscheint übrigens noch in einem anderen Lichte, wenn man an seine in der letzten Parteiversammlung gemachten Versicherungen denkt. Dort hat er bekanntlich wiederholt und mit Nachdruck betont, daß er aus seiner ablehnenden Haltung zur Einigungsfrage alle Konsequenzen ziehen würde. Ein Zuruf veranlaßte ihn noch zu der ausdrücklichen Erklärung, daß er an seinem Stadtverordnetenmandat nicht hänge, was allgemein so aufgefaßt wurde, daß er sich auch von seiner Tätigkeit auf kommunalpolitischem Gebiete zurückziehen wolle. Kürbs versicherte immer wieder, daß es nicht sein Wille sei, einen „eigenen Laden aufzumachen", d. h. einen Keil in die vereinigte Partei zu treiben, wie er es auch nicht fertigbringe, sich der KPD. anzuschließen. Und nun sein Verhalten oben auf dem Rathaus! Ist es etwas anderes als in ihrer Wirkung verhängnisvolle Querttreiberei, wenn durch die Absplitterung die bürgerliche Seite mit ihren 33 Sitzen gegenüber der gleichen Zahl auf der sozialistischen Seite den Abstimmungsapparat weiter zu ihren Gunsten handhaben darf? Wie oft haben die Kommunisten eingesehen, welch große Dummheit sie begangen haben, als sie auf Geheiß Moskaus den Sozialisten vom Vorstehersessel stießen und darauf den „demokratischen" Reaktionär Keil setzten. Jetzt wiederholt sich das traurige Spiel. Es ist eben eine Erscheinung der heutigen Zeit, daß selbst täglich sichtbarer Schaden nicht klug macht.

Außer den beiden Genannten hat auch der Genosse Hennicke den Zusammenschluß in der vereinigten Sozialdemokratie nicht mitgemacht. Zwar lag der Versammlung gestern keine offizielle Erklärung vor, doch ließ die Tatsache, daß sich Genosse Hennicke auf dem in der Nähe der Kommunisten befindlichen Platz des infolge Krankheit abwesenden Genossen Bock niedergelassen hatte, darauf schließen, daß er Annäherung nach „links" gesucht hat. Wie es heißt, soll Hennicke bereits vor der Sitzung um Aufnahme in die kommunistische Fraktion nachgesucht haben, was natürlich freudig begrüßt wurde, denn auch dort herrscht eitel Freude über jeden Sünder, der Buße tut. Etwas Bestimmtes über diese „Rebellion bei der USPD." wird ja wohl heute aus der „Eigenen Drahtmeldung" der „Roten Fahne" zu ersehen sein.

Sonst bot die Sitzung nichts Besonderes. Bei der Beratung des von der Kommunistischen Partei gestellten Antrages auf Anerkennung des sogenannten Kontrollausschusses als amtliches Organ wurde den Herren kurz, aber recht deutlich gesagt, was es mit dieser neuesten Parole auf sich hat. Es kommt den Kommunisten weniger darauf an, Gelegenheit zu positiver Mitarbeit zu haben, als vielmehr einen willkommenen Anlaß zu finden, der „Bureaukratie" und der noch mehr verhaßten USPD. schärfsten Minenkampf anzusagen. Aus diesem Grunde scheuen sie sich auch, in den Wirtschaftsausschuß einzutreten. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß es ihnen hier ergehen würde wie ihren Parteifreunden in Ammendorf, das sich einer fast rein kommunistischen Preisprüfungsstelle und trotzdem noch höherer Preise erfreut.

*

### Sitzungsbericht.

Der Vorsteher Dr. Keil gibt vor Eröffnung der Sitzung dem Kollegium Kenntnis von der **Verschmelzung der beiden bisherigen sozialistischen Fraktionen zur Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.** Genosse Kürbs erklärt im Anschluß an diese Mitteilung, daß es heißen müsse, die Mehrheit der unabhängigen Fraktion habe sich zu der genannten Fraktion vereinigt. Er und der Stadtv. Otto würden hier als Fraktion der Unabhängigen Partei weiter wirken.

Nach Kenntnisnahme einiger weiterer Eingänge ging die Versammlung dazu über, zunächst die aus der vorigen Sitzung übriggebliebenen Tagesordnungspunkte zu erledigen. Die Vorlagen behandeln u. a. die Weiterverpachtung der Thaliafäle, Nachbewilligungen für dieselben, Mehrkosten für Arbeiterlöhne, Erhöhung einer Beihilfe für den Arbeiter-Samariterbund, Ueberweisung von Mitteln für das Händelfest sowie die Denkschrift über Staffelung der Gas- und Strompreise. Ueber den wesentlichen Inhalt der Denkschrift haben wir bereits berichtet. — Genosse Kürbs begründete hierbei einen Antrag, aus dem in der vorigen Sitzung bewilligten 20-Millionen-Fonds eine Million zu entnehmen, um den Sozial- und Kleinrentnern, Kriegerwitwen und sonstigen der öffentlichen Fürsorge anheimgefallenen Personen zwei Drittel zu den Kosten für Gas, Wasser und Elektrizität zu zahlen. — Genosse Albrecht trat gleichfalls für diesen Antrag ein, beantragte aber, sich nicht auf die Million festzulegen, denn diese würde zweifellos nicht ausreichen. Zu der von den Kommunisten vertretenen Forderung, den Armen das Wasser, Licht usw. völlig kostenlos zu liefern, bemerkte unser Genosse, daß auch die Sozialdemokratie selbstverständlich denselben Grundsatz vertrete. Doch sei im Augenblick den Städten jede Möglichkeit genommen, die dazu erforderlichen, sehr erheblichen Mittel aufzubringen, da man ihnen das Recht genommen habe, Zuschläge zu den Einkommensteuern zu erheben. Nachdem der Antrag Kürbs abgelehnt worden war, gelangt der des Genossen Albrecht, den Betrag ohne Begrenzung zu bewilligen, mit großer Mehrheit zur Annahme, da auch zwei Demokraten sich dafür erhoben hatten.

Der Antrag eines städtischen Arbeiters auf Rückgängigmachung einer Kündigung wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Von der neuen Tagesordnung wurde die Magistratsvorlage betr. Aenderung am Anleiheprogramm, Bewilligung eines Beitrages von 15 000 Mk. an den Künstlerverein auf dem Pflug, dem Bunde Deutscher Architekten und der Hallischen Künstlergruppe als Beitrag zu den Unkosten der augenblicklich stattfindenden Ausstellung, schließlich die Vorlage betr. Nachbewilligung für den Bau von Wohnhäusern wurden ohne Debatte genehmigt. — Auf Widerspruch stieß der **Nachtrag für Verwaltungsgebührenordnung**, doch gab Herr Stadtrat Belthuysen die beruhigende Erklärung ab, daß die Verwaltung eben daran sei, den auf der Linken geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen, für eine ganze Reihe von Amtshandlungen würden auf Antrag überhaupt keine Gebühren erhoben. Die der heutigen Geldentwertung entsprechende Gebührenerhöhung wurde sodann genehmigt. Mit derselben Mehrheit wurde auch dem Magistratsantrag betr. die **Wasserpreiserhöhung** zugestimmt, nachdem von kommunistischer Seite dagegen opponiert worden war und ein Magistratsvertreter zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Erhöhungen infolge der ungeheuer gestiegenen Kohlenpreise unbedingt erforderlich seien.

**Das Gesuch des Vereins „Gesundheitspflege" um Zurücknahme der Kündigung des Pachtvertrages betr. das Luft- und Sonnenbad in den Pulverweiden** beschäftigte erneut und in ausgiebiger Weise die Versammlung. Während der Petitionsausschuß sich für Ablehnung ausgesprochen hatte, trat Herr Busse in längeren, mit zahlreichen Spitzen gegen den Stadtrat Genossen Zschäpe versehenen Ausführungen dafür ein, den in der letzten Sitzung gefaßten Beschluß aufzuheben und dem Ersuchen des Vereins stattzugeben. Stadtrat Gen. Zschäpe wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Art, mit der die Angelegenheit von interessierter Seite betrieben worden sei. Man habe einen Kampf mit unlauteren Mitteln geführt, um ein großzügiges, im Interesse der Allgemeinheit gelegenes Projekt zu Falle zu bringen. Während Genosse Kürbs sich für die Wünsche des Vereins einsetzte, plädierten die übrigen Redner der Linken und auch einige von der bürgerlichen Seite für deren Ablehnung mit der Maßgabe, daß dem Verein in weitestem Maße entgegengekommen werden solle. Der Antrag, das Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde abgelehnt und der Beschluß des Petitionsausschusses sanktioniert.

**Das Gesuch der Kommunistischen Partei um amtliche Anerkennung des Kontrollausschusses** gab dem Genossen Kürbs Gelegenheit, in längeren Ausführungen die Angriffe zurückzuweisen, die gegenüber der Tätigkeit des städtischen Wirtschaftsausschusses bzw. der Preisprüfungsstelle erhoben worden sind, wobei er betonte, daß man es keiner Seite recht machen könne. Auf die Inkonsequenz der Kommunisten hinweisend, bemerkte er, daß diese ein merkwürdiges Völkchen seien. Als dihr Kontrollausschuß würde nicht imstande sein, hier eine Aenderung herbeizuführen, da dies den zahlreichen Kommissionen, die für die Preisregulierung auf den verschiedensten Gebieten der Ernährung geschaffen worden sind, auch nicht gelungen sei. Der Einfluß der Preisprüfungsstellen sei in letzter Zeit bis zur völligen Machtlosigkeit herabgemindert worden; Halle sei die einzige Stadt, wo die Preisprüfungsstelle noch eingermaßen funktioniere, mit dem Erfolge, daß hier die Preise wesentlich niedriger seien als in den übrigen Städten des Bezirks. Dadurch, daß die Prüfungsstellen allenthalben abgebaut seien, könne die Hallische Stelle nur örtlichen Einfluß ausüben. Mit seltiger Spannung folgte die Versammlung den Schilderungen über die unglaublichen Zustände, wie sie sich in letzter Zeit auf dem Hallischen Wochenmarkt herausgebildet haben. Die Preisüberbietung werde dort, noch bevor die Prüfungsstelle eingreifen könne, in der Hauptsache von Arbeiterfrauen betrieben. In der Hoffnung, daß es dem Kontrollausschuß vielleicht (!) gelingen werde, die Konsumenten für Selbstzucht zu erziehen, daß es ihm ferner gelingen würde, die Sabotage der Justiz zu überwinden, würde er für das Gesuch der KPD. eintreten.

Stadtv. Mansfeld wandte sich gegen die scharfe Sprache des durch unsere Veröffentlichung bekanntgewordenen Aufrufs der Verkäuferinnen und schob die Schuld an den jetzigen Zuständen allein auf den hohen Stand des Dollars und die damit in Verbindung stehende Geldentwertung. Zwei kommunistische Redner bemühten sich mehr mit Eifer als Erfolg um den Nachweis, daß der Kontrollausschuß geschaffen werden müsse, weil die um ihre Posten besorgte und materiell versorgte Gewerkschaftsbureaukratie bestrebt sei, das Volk noch weiter zu verlenden. Gegen solche „Argumente" ernsthaft zu polemisieren, verlohnte sich wirklich nicht. Die Fraktion der USPD. beschränkte sich deshalb auf eine kurze Erklärung, die der Genosse Albert Müller abgab: Der Kontrollausschuß entbehre jeder rechtlichen Grundlage. Wir haben in dem Wirtschaftsausschuß eine anerkannte Instanz, auf deren Beschickung die Kommunisten wiederholt verzichtet haben, weil ihnen ja gar nicht daran liegt, politische Arbeit im Interesse der Allgemeinheit zu leisten. Dem Kontrollausschuß sei durch die von ihm aufgestellten Richtlinien jede rechtliche Grundlage entzogen. Aus diesem Grunde lehne die Fraktion seine Anerkennung als amtliches Organ ab. — Durch einige ebenso unangebrachte, wie ungeschickte Ausführungen eines Kommunisten sah sich Genosse Albrecht veranlaßt, noch einmal kurz die sachlichen Gründe darzulegen, die unsere Fraktion zu ihrer Haltung zwingen. Jeder müsse überzeugt sein, daß der Kontrollausschuß nicht in der Lage sei, Wunder zu vollbringen, weil er nicht die Macht habe, die wirtschaftlichen Verhältnisse umzugestalten. Dort, wo der Wucher sitze, könne er nicht hineinfassen. Er würde dafür eintreten, daß der Wirtschaftsausschuß um drei Mitglieder aus den Reihen des KPD. verstärkt würde, wenn dieser eine Vertretung der gesamten Hallischen Arbeiterschaft vorstelle. Was nicht der Fall sei.

Der Antrag auf Anerkennung wurde dann mit großer Mehrheit abgelehnt. Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

---

## Leser des Volksblattes!

**Euer neues Zeitungsunternehmen bedarf zu seiner Finanzierung eines umfangreichen Betriebskapitals.**

**Jeder Leser und Genosse wird dringend ersucht, durch**

### Anteile oder freiwillige Beiträge

**schnellstens seinem Parteiblatt den erforderlichen Betriebsfonds zu geben. Die Anteile werden in beliebiger Höhe angenommen und nach dreimonatiger Kündigung zurückgezahlt sowie auf Wunsch mit 4½ Prozent verzinst. Das Zeitungsunternehmen und die Partei bieten hinreichende Sicherheit.**

**Bis zur Eröffnung des Postscheckkontos für das neue Unternehmen sende man an das Konto 110 92 Verlag „Volksstimme" G. m. b. H., Postscheckamt Erfurt.**

---

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 10. Oktober 1922.

## Die Genossenschaft der Hallischen Arbeiter.

**19 Millionen Gesamtumsatz.**

Alljährlich um diese Zeit veröffentlicht der Allgemeine Konsumverein für Halle und Umgegend seinen Geschäftsbericht. Der für die Zeit vom 1. Juli 1921 bis 30. Juni 1922 reichende Bericht enthält die imponierende Feststellung, daß sich der Umsatz von 27 auf rund 60 Millionen Mk. gesteigert hat. Ob die Steigerung lediglich auf die gewaltige Preissteigerung der Waren zurückzuführen ist oder, was weit wertvoller wäre, auf gesteigerte Inanspruchnahme der genossenschaftlichen Organisation durch die hallische Arbeiterschaft, wird ja wohl in der demnächst stattfindenden Generalversammlung näher erläutert werden.

Nicht uninteressant sind die Mitteilungen über die Mitgliederbewegung. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1921 16 699, im Laufe des Geschäftsjahres sind neu eingetreten 990, zusammen 17 698. Hiervon schieden am Schlusse des Geschäftsjahres aus insgesamt 985, demnach beträgt der Mitgliederbestand am 30. Juni 1922 16 763, was eine, wenn auch nur geringe Zunahme der Zahl der genossenschaftlich organisierten Verbraucher bedeutet.

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am 1. Juli 1921 538 593,25 Mk., Einzahlungen und Zuweisungen 544 204,76 Mk., Rückzahlungen während des Geschäftsjahres 2 530,15 Mk., Gesamtbetrag am 30. Juni 1922 1 050 267,86 Mk.

Die Haftsumme der Mitglieder vermehrte sich während des Geschäftsjahrs um 4 026 960 Mk. und betrug am 30. Juni 1922 5 028 900 Mk.

Der Warenumsatz erreichte im abgelaufenen Geschäftsjahre die Höhe von

**68 721 882,91 Mk., gegen 27 847 865,66 Mk. im Vorjahre.**

Die Steigerung betrug demzufolge 40 874 017,25 Mk. Das Resultat ist zum Teil auf die beträchtlichen Preissteigerungen, zumeist aber auf das erhöhte Interesse der kaufenden Mitglieder zurückzuführen. Im Kohlengeschäft bezifferte sich der Umsatz auf 1 033 570,05 Mk., gegen 391 873,19 Mk., mithin mehr 641 696,86 Mark.

Im Sparkassenverkehr ist in diesem Jahre ein außergewöhnlich reger Verkehr zu verzeichnen. Die Einlagen einschließlich des Bestandes aus dem Vorjahr betrugen 4 724 000 Mk., während Rückzahlungen nur im Gesamtbetrage von 987 000 Mk. abgehoben wurden. Der **Gesamtbetrag der Einlagen** betrug am 30. Juni 1922 **rund 3 737 000 Mk.** Diese Entwicklung ist eine erfreuliche Erscheinung. Es muß ohne weiteres konstatiert werden, daß das Vertrauen zur Genossenschaft seitens der Spareinleger gestiegen ist. Die Gesamtsumme der Spareinlagen könnte aber erheblich höher sein, wenn alle die kleinen Sparer ihre Spargelder, gleichviel in welcher Höhe, bei dem Konsumverein eingahlen würden. Es steht fest, daß Millionen, bestehend aus kleinen Spargeldern unserer Mitglieder, bei den Sparkassen eingelegt sind, und zwar aus der irrigen Ueberzeugung heraus, daß dort das Geld sicherer aufgehoben sei. Die Sparkasse des Hallischen Konsumvereins blickt auf eine langjährige ordnungsmäßige Tätigkeit zurück. Sie war in der Lage, neben unbedingter Sicherheit der Sparern in bezug auf die Verzinsung Vorteile zu gewähren. Es sind daneben auch große Vorteile für die Genossenschaft damit verbunden, wenn die Genossen die entbehrlichen Spargelder beim Verein einzahlen würden. Bei den gegenwärtig hohen Warenpreisen fehlt das absolut notwendige Betriebskapital. Die Leitung ist gezwungen, Bankgelder in Anspruch zu nehmen, für die natürlich sehr hohe Zinsen gezahlt werden müssen. Diese Vergeudung von Genossenschaftsgeld für Bankzinsen wäre überflüssig, wenn die Mitglieder das oben Gesagte beherzigen würden. Ab 1. Oktober 1922 werden für Spareinlagen mit täglicher Abhebung 5 Prozent, bei Einlagen von mindestens 1000 Mk. bei halbjährlicher Kündigung 5½ Prozent, bei jährlicher Kündigung 6 Prozent Zinsen gewährt.

Im Berichtsjahre wurden an Backwaren produziert: 1 825 866 Stück Brote im Gesamtwerte von 11 691 774,55 Mk., diverses Weißgebäck im Gesamtwerte von 1 784 640,25 Mk., Gesamtwert 13 376 414,80 Mk. An Mehl wurde verbacken 1 865 705 Kilogramm. Gegenüber dem Vorjahr ein Mehrumsatz von 8 467 248,45 Mk. Wenn auch der höhere Umsatz teilweise auf die fortwährenden Steigerungen der Preise für Backwaren entfällt, so hat andererseits doch die Produktion erheblich an Umfang zugenommen. Um diese Mehrproduktion zu bewältigen, war die Verwaltung genötigt, den Betrieb zu vergrößern. Es wurde ein Doppelauszugsofen der früheren Trotzker Bäckerei aufgestellt und in Betrieb genommen. Die Bäckerei arbeitet gegenwärtig mit neun Doppelöfen. Außerdem sind Teigbearbeitungsmaschinen neuerer Konstruktion für Massenbetrieb aufgestellt, mittels derer gleichzeitig die hygienischen Verhältnisse derartig gebessert sind, indem die Hand des Bäckereiarbeiters mit dem Teig nicht mehr in Berührung kommt.

Das Betriebsergebnis ergibt laut Bilanz 94 601,11 Mk., die den Reserven zuzuführen sind. Zur Verteilung gelangen auf den Umsatz der im voraus festgesetzte Rabatt in Höhe von 8 Prozent. An die in der Vorkriegszeit gewährten Sätze ist natürlich bei den kolossal gestiegenen Unkosten nicht mehr zu denken.

Zahlreiche Genossenschaften haben in richtiger Würdigung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Auszahlung einer Rückvergütung überhaupt verzichtet und einmütig beschlossen, diese dem Betriebsfonds zu überweisen. In Halle hat man bis in die jüngste Zeit einen kleinlichen Kampf um eine recht hohe Dividende geführt und sich gescheut, die Betriebsmittel der Genossenschaft nach Kräften zu stärken. Die Leipziger Genossenschafter haben in ihrer kürzlich abgehaltenen Generalversammlung ohne Debatte und einstimmig beschlossen, die Geschäftsanteile auf 2000 Mk. festzusetzen. Es steht fest, daß der Generalversammlung des Hallischen Vereins ein gleicher Antrag auf Anteilerhöhung vorliegen wird. Hoffentlich findet die Stunde hier kein kleines Geschlecht.

*

## Generalversammlung des Konsumvereins Ammendorf.

**Erhöhung des Geschäftsanteils auf 2000 Mk. — Richtlinienzahlung der Rückvergütung.**

Am vergangenen Freitag hielt der Konsumverein für Ammendorf seine ordentliche Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete der Genosse Poesche, der feststellte, daß der Umsatz zurückgegangen ist, wiewohl eine zahlenmäßige Steigerung zu verzeichnen ist. Bei der Ersatzwahl zum Vorstand erhielt der Genosse Wagner 66, der Kommunist Sauer 103 Stimmen. Bei der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erhielten: Paul Berger (KPD.) 110, Wilhelm Leist (KPD.) 108, die Genossen Gustav Wagner und August Wacker 56 bzw. 55 Stimmen und sind somit als Ersatzleute gewählt. Obwohl die Kommunisten alle nur erdenklichen Anstrengungen gemacht hatten, um ihren Anhang zur Versammlung zu bringen, dieses Ergebnis. Die Verwaltung hatte den Vorschlag gemacht, die Geschäftsanteile auf 1000 Mk. festzusetzen; aus der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221010-11/fragment/page=0005

Mitte der Versammlung wurde jedoch beantragt, den Beitrag auf 2000 Mk. festzusetzen. Die Versammlung beschloß demgemäß mit dem Hinzufügen, daß die ersten 1000 Mk. sofort zu entrichten seien, während das zweite Tausend durch Hauskassierung eingebracht werden soll. Rückvergütungen sollen gleichfalls nicht ausgezahlt, sondern auf Sparkonto angelegt werden. Weiter wurde beschlossen, beim Kreisausschuß des Saalkreises Beschwerde über Lieferung schlechten Mehls an den Verein zu erheben. Bei Beratung dieser Angelegenheit wurde mit Recht hervorgehoben, daß die Brotfabriken, welche eigene Mühlen haben, ein besseres Brot liefern können als die Bäckerei des Konsumvereins, woraus zu schließen sei, daß die Mühlen dem Verein minderwertiges Mehl lieferten.

### Anstellung von Konrektoren in Halle.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen für Schulen mit 6 Klassen ein, für Schulen mit mindestens 14 Klassen zwei Konrektoren (9. Gehaltsstufe) angestellt werden. Gemäß den Beschlüssen der Schuldeputation und des Magistrats hat die Regierung folgende Lehrer zu Konrektoren ernannt: Von der Pestalozzischule die Herren Friedel, Kläde und Hoffmann; Katholische Schule: Theele und Kruse; Trotzaschule: Zeutschel; Neumarktschule (Mädchen): Pfefferkorn; Freiimfelder Schule: Freund; Friesenschule: Eichner; Schillerschule: Timpernagel und Schoppe; Johannesschule (Mädchen): Schöbe; Johannesschule (Knaben): Zieler, Mansfeld und Haberkorn; Weingartenschule: Lehmann und Angerstein; Glauchaschule (Mädchen): Wolter, Reuter und Lenzsch; Glauchaschule (Knaben): Pusch, Grautzner, Zweigler und Freiwirt; Talamtschule (Mädchen): Rahn; Gebichtenstein schule (Knaben): Wiedtmer, Görnert, Heinze, Obser, Rauschenbach, Naumann, Recke und Richter; Gebichtensteinschule (Mädchen): Böttcher, Sack, Seering und Pfier; Neumarktschule (Mädchen): Fräulein Rackwitz. Die Umgruppierung der Lehrkräfte wird voraussichtlich erst am 1. April nächsten Jahres, mit Beginn des neuen Schuljahres, stattfinden können.

---

* **Von der Straßenbahn.** Die geplanten Betriebseinschränkungen werden vom heutigen Tage an durchgeführt. Weiter wird darauf hingewiesen, daß Fahrscheinhefte zu ermäßigten Preisen außer bei den Schaffnern in verschiedenen Geschäften, die in den Straßenbahnwagen veröffentlicht sind, abgegeben werden.

* **Ein 20-Mark-Stück 6500 Mark.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 9. bis 15. Oktober zum Preise von 6500 Mark für ein 20-Mark-Stück und 3250 Mark für ein 10-Mark-Stück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichs-Silbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 150fachen des Nennwertes.

* **Die Kommunisten in Not.** Ein großer Schmerz und ein großer Irrtum beherrscht die ach so gerne großeinwollende kommunistische Partei und ihre Veranstaltungen. Der große Schmerz ist, daß ihnen die Massen fehlen, um die Massenpartei zu markieren. In ihren Versammlungen sind sie nicht. Das hat die klägliche Teilnahme an der letzten „Kundgebung" sowie der schlechte Besuch der gestrigen Volksparteiversammlung erwiesen. Das ist ja auch der Grund, weshalb sie die Gewerkschaften zerschlagen möchten und warum sie die vereinigte Sozialdemokratie so überaus geschäftig anfeinden. Sie möchten beiden die Massen abwenig machen, was ihnen aber trotz der dauernden Hochkonjunktur für kommunistische Agitation doch nicht gelingt. Ärger über den Zerfall, der einst so hochgesteckten Hoffnungen, das ist es, was sich jetzt in so ausgemacht persönlich-gehässiger Form im „Klassenkampf" tagtäglich auswirkt. Der lokale Teil wird fast ausschließlich mit Anfeindungen auf die neue Partei, das „Volksblatt" und einzelne seiner Redakteure angefüllt. Wie konsequent „geschickt" dabei verfahren wird, dafür liefert uns die Sonnabendausgabe einen wunderbaren Beweis. In einem Spitzenaufsatz wird die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien auf kommunistische Art mitgeteilt und dabei folgender Satz geprägt: „Die unabhängigen und sozialdemokratischen Gruppchen waren am Donnerstag noch einmal getrennt zusammengekommen, und die Rest wurde durch ihre kleinbürgerliche Regierungskoalition und durch den Kampf gegen die Arbeiterschaft in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien noch übriggeblieben zu sammenzulesen. Von der VSPD. ist nicht viel übriggeblieben." — Gut, nicht wahr? Unmittelbar darunter befindet sich aber eine aufgeregte Schimpferei darüber, daß das „Volksblatt" (sonst spricht man da drüben nur immer von dem Menschewistenblättchen) „den Kampf gegen die Teurung und Elend verhindert" habe, weil es ein Inserat zu der gestrigen Versammlung, für welches der Kontrollausschuß sogar 900 Mark opfern wollte, abgelehnt habe.

Es entsteht nun die Frage, was hier richtiger ist. Ist es wahr, daß von der VSPD. „nicht viel übriggeblieben" ist, dann braucht man sich nicht darum zu bemühen, das „Volksblatt" in Anspruch zu nehmen, um wieder einmal eine machtvolle Kundgebung zustande zu bringen. Oder aber der Einfluß der „großen" KPD. ist geschwunden, daß man ohne das sozialistische Organ nicht mehr auskommen kann, was ein Eingeständnis der Ohnmacht bedeutet. Wie die Dinge in Halle und wo die Massen stehen, hat die gestrige Volksparteiversammlung erneut gezeigt, kaum 200 Personen waren anwesend — trotz Rosi Wolfstein, als Zugnummer. Kommentar? Nicht nötig!

* **Wieder ein erschlagener „Klassenkampf"-Schwindel.** Der „Klassenkampf" meldete dieser Tage, daß in Gera sich die ganze Ortsgruppe der Sozialistischen Proletarier-Jugend für den Zusammenschluß mit der Kommunistischen Jugend ausgesprochen habe. Wie die „Ostthüringer Tribüne" meldet, ist daran kein Wort wahr. — Das Blatt leistet im Umbiegen der Wahrheit eben Großartiges.

* **Im Suff.** Am Sonntagnachmittag wurde, wie der Polizeibericht mitteilt, in der Gr. Ulrichstraße eine Lohndirne von ihrem angetrunkenen Ehemann durch Schläge und Fußtritte so mißhandelt, daß sie bewußtlos zu Boden stürzte. Hierdurch entstand ein Menschenaufläuf. Durch den Tumult wurde der Lohndirne die Geldtasche mit etwa 8000 Mk. entwendet. — In der Leipziger Straße wurde von einer angetrunkenen männlichen Person eine Fensterscheibe zerschlagen. Der Täter ist ermittelt.

**Könnern.** Auftakt zur Stadtverordnetenwahl. Am Sonntag nahm die Partei als erste Stellung zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl. Genosse Albert Müller (Halle) zeigte in trefflichen Ausführungen die Gesichtspunkte der Kommunalpolitik dar und ging im besonderen auf die örtlichen Verhältnisse in Könnern ein. Die Wohnungsfrage, die im Vordergrunde der Betrachtungen stand, wurde ausgiebig behandelt. Herr Hartung verteidigte den Standpunkt der bürgerlichen Parteien in dieser Frage, doch hielten seine Argumente den treffenden Beweisen unserer Genossen keineswegs stand. Vor allem wurde das rigorose Vorgehen des Kaufmanns Miermann anläßlich der Freigabe und Räumung einer in seinem Grundstück befindlichen Wohnung scharf kritisiert. Trotz erfolgten Schiedsspruchs des Mieteinigungsamtes, das gegen ihn entschied, hält er einem Wohnungsuchenden die Wohnung vor. Noch schärfer aber wurde das unglaubliche Verhalten des Bürgermeisters verurteilt, der sich nicht an Beschlüsse der Stadtverordneten kehre. Der es trotz der vorliegenden Entscheidung im oben angezogenen Fall nicht für nötig hält, dem bedauernswerten Mieter durch die Polizei zu seinem Rechte zu verhelfen. Jetzt „wohnt" der Betreffende auf dem Balkon des Rathauses und der Bürgermeister ist der Ansicht, daß er bei Haustriebenschruches schuldig sei und entsprechend gegen ihn vorgegangen werden müsse. Interessant war ferner die Feststellung, daß nicht alle bürgerlichen Stadtverordneten hinter der von dem Rumpfparlament eingeleiteten Protestaktion, die gegen den Auflösungsbescheid des Ministeriums gerichtet sei, stehen. Klar trat aber zutage, daß die Verhältnisse in Könnern unhaltbar sind, hier muß ordentlich und energisch ausgefegt werden.

# Aus der Provinz.

### Erhöhung der Wochenhilfe.

**Infolge der riesigen Geldentwertung in den letzten Monaten** waren die Unterstützungssätze für Wochenhilfe und Wochenfürsorge nicht mehr ausreichend. Die Reichsregierung hat daher durch Verordnung vom 22. September die Unterstützungen erheblich erhöht. Als Beitrag für Schwangerschaftsbeschwerden (Entbindungsgeld) werden jetzt statt 250 Mk. 500 Mk. gezahlt. Das Wochengeld, welches für 10 Wochen gewährt wird, ist von 6 Mk. auf 15 Mk. täglich, und das Stillgeld, welches für 12 Wochen nach der Entbindung gezahlt wird, von 8 Mk. auf 30 Mk. täglich erhöht, aber nur, wenn die Kindesmutter stillt. Diese Beiträge gelten für selbstversicherte Wöchnerinnen und für Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegetöchter von Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft wohnen.

Für die Wochenfürsorge, die für minderbemittelte Wöchnerinnen besteht, die weder selbst einer Kasse angehören, noch deren Ehemann versichert ist, gelten folgende Sätze: Einmaliger Beitrag für die Entbindungskosten statt 250 Mk. jetzt 500 Mk., Wochengeld statt 4,50 Mk. jetzt 15 Mk. und Stillgeld statt 8 Mk. jetzt 15 Mk. Als minderbemittelt gilt eine Wöchnerin, wenn sie und ihr Ehemann im Steuerjahr 1921 ein steuerpflichtiges Einkommen von nicht mehr als 15 000 Mk. hatten. Diese Summe erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 15 000 Mk., oder wenn die Frau und ihr Ehemann im letzten Jahre, vom Tage der Entbindung zurückgerechnet, nicht über 30 000 Mk. Einkommen gehabt haben. Bei der letzten Berechnung erhöht sich der Beitrag um 5000 Mk. für jedes unter 15 Jahren alte Kind.

Die Verordnung ist am 22. September in Kraft getreten. Für Entbindungen, die vor dem 22. September stattfanden, wo die Wöchnerinnen aber noch Wochen- oder Stillgeld beziehen, sind die erhöhten Beiträge für die Zeit nach dem 22. September zu zahlen.

## Ein neuer „Landbund"-Trick.

**Die „dicht vor dem Zusammenbruch stehende" Landwirtschaft.**

Die Landbund-Demagogen haben einen neuen Rekord aufgestellt. Auf großen Plakaten suchen sie der Mitwelt plausibel zu machen, daß sie die arg verleumdete bedauernswerte Unschuld seien und Tag und Nacht nur von dem einen Gedanken bewegt würden, wie es wohl zu ermöglichen sei, das deutsche Volk vor dem Verhungern zu bewahren. Um dieses edle Ziel zu erreichen, sei es notwendig, die wirklich „dicht vor dem Zusammenbruch" stehende Landwirtschaft zu retten, und das könnte einzig und allein durch höhere Getreidepreise geschehen.

Neben diesen faulen Witzen gestatten sich die Herren die Dreistigkeit, die städtische Verbraucherschaft zum aktiven Beistande im Kampfe gegen die Getreideumlage aufzufordern. Selbstverständlich ist in dem ganzen Aufruf kein Sterbenswort davon zu lesen, daß der kleinere Umlagepreis nur für einen Bruchteil des Getreides in Frage kommt, und daß dieses „Opfer" tausendfältig durch die agrarischen Wucherpreise für unzählige andere Produkte aufgewogen wird.

Der Landbund muß die städtische Bevölkerung für polizeiwidrig dumm halten, falls er meint, diese würde auf seinen hahnebüchenen Plakatschwindel hineinfallen. Die Landbündler irren sich gewaltig. Sie können sich drehen und wenden wie sie wollen. Ihre wahre Natur ist längst erkannt. Die agrarische Wucherpolitik, die sich gerade jetzt in der großen Erhöhung des Brotpreises und in dem Hinauftreiben der Kartoffelpreise rücksichtslos austobt, spricht eine so deutliche Sprache, daß alle demagogischen Manöver völlig wirkungslos bleiben müssen.

## Kreistagswahl Sangerhausen.

Das Wahlbureau der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei befindet sich von Dienstag, den 10. Oktober, an in Sangerhausen im Schützenhaus, Tel. Nr. 242. Alle Anfragen und Mitteilungen sind an den Wahlleiter, Genossen Albert Müller (Sangerhausen), Schützenhaus, zu richten.

Die Ortsvereine und Vertrauensleute, welche noch keine Mitteilung über den Zeitpunkt der Versammlungen in ihrem Ortsvereinsbezirk und über die Lokale, in denen diese stattfinden, gemacht haben, bitten wir um sofortige Nachricht. Gleichzeitig bitten wir um Nachricht, ob Versammlungsleiter zu diesen Versammlungen gestellt werden können.

Mit Parteigruß!

**Die Wahlleitung.**

## Bürgerliche Listenschmerzen.

**Wie man das Monstrum einer bürgerlichen „unpolitischen Wirtschaftsliste" zurechtbaute.**

Sangerhausen, den 10. Oktober.

Mit Behmut muß der Berichterstatter der „Sangerhäuser Zeitung" zugeben, daß die Versammlung des Bürgervereins am Dienstag, dem 3. Oktober, „schwach besucht war". Die Ursache ist leicht zu begreifen. Die anständigen Bürger des gesamten städtischen Bürgervereins haben erkannt, daß sie von den Wortführern dieses Vereins für städtische Angelegenheiten und deren Vertretern im Kreistage schmählich betrogen wurden und sind jedenfalls nicht gewillt, sich noch länger hinters Licht führen zu lassen. Wie einig diese „Bürger" unter sich sind, ist daraus zu ersehen, daß man erst in der letzten Minute mit Ach und Krach eine neue Liste zusammenstoppeln konnte, nachdem eine bereits schon aufgestellte Liste „Hertsch" in die Brüche gegangen war. Wie „einig" die Bürgerlichen weiter sind, erhellt man daraus, daß bereits eine zweite bürgerliche Liste eingereicht worden ist, und zwar die des Bauernbundes. Mit dem Rufe: „Drum seid einig, einig, einig, nur Einigkeit kann uns zum Siege führen und uns Segen bringen" ist nichts getan, denn die vernünftigen Bürger des Kreises Sangerhausen werden sich von solchen Schalmeitönen nicht mehr betören lassen. Ausgerechnet der „unpolitische" Rechtsanwalt Gerth (nicht etwa der Deutschnationale Gerth !??) bringt es fertig, zu sagen, daß „von der Linken eine Person vorgeschoben wurde, um die Sache in den Dreck zu fahren". Zu Herrn Gerths Aeußerungen werden wir ebenfalls in reichlichem Maße Gelegenheit nehmen, um der Bürgerschaft des ganzen Kreises zu zeigen, wer die Sache des Kreises bereits in den Dreck gefahren hatte und wie man mit öffentlichen Mitteln des Kreises geradezu wüstete.

Wenn wirklich die Linke die Absicht hatte, etwas „in den Dreck zu fahren", so hätte sie es schon gar nicht mehr tun können, denn der bürgerliche „Ordnungsblock" hatte bereits dafür gesorgt, daß die Sache des Kreises nach dem Antritt des jetzigen Landrates immer tiefer im Dreck versank.

---

**Sangerhausen.** Die vier Bewerber zur Kreistagswahl. Am Montagvormittag tagte der Wahlausschuß für die Kreistagswahlen im Kreise Sangerhausen und prüfte die eingegangenen Listen. Es sind vier Vorschläge eingereicht, und zwar als 1. mit der mustergültigen Ordnung eines Uhrwerks, wie selbst Herr Gerth in einer früheren Zeitungsnotiz anerkennen mußte, die Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands unter dem Kennwort: „Sozialistische Einheitsliste". Als 2. Wahlvorschlag wurde eine „Wirtschaftsliste vom Deutschen Bauernbund" eingereicht als Gegengewicht gegen die andere „Wirtschaftsliste" des bürgerlichen Ordnungsblocks. Als 3. Wahlvorschlag ging der der Kommunistischen Partei Deutschlands ein mit dem Kennwort: Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale, Moskau. Das originelle Gebilde, das in dieser Sitzung bekannt wurde, nennt sich „Wirtschaftsliste Kummert". Ein Monstrum, wie kaum ein zweites zu finden ist. Als Strohmann und Spitzenkandidat wurde der Vorsitzende des Beamtenbundes benannt. Die Macher, die früher unter dem Namen „Bürgerlicher Ordnungsblock" segelten, erscheinen im Hintergrund, und versuchen mit ihrer „Wirtschaftsliste" wie früher mit dem bürgerlichen „Ordnungsblock", Dumme zu fangen. Auf die nähere Besprechung der eingereichten Listen werden wir später noch zurückkommen. Vergeßt am 22. Oktober nicht, den Bürgerlichen auf ihre Mißwirtschaft die nötige Quittung zu erteilen! Wählt die Sozialistische Einheitsliste!

## Ein Dokument.

**Unternehmermaßnahmen zum Abbau der Löhne.**

Piesteritz, den 9. Oktober.

Während der letzten Vollversammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute wurde ein Geheimschreiben der Mitteldeutschen Stickstoffwerke Aktiengesellschaft, Werk Piesteritz, verlesen, das die geheimsten Gedankengänge des Unternehmertums über die Niederdrückung der Arbeiterklasse offenbart. Die „hohen" Löhne der Arbeiterschaft haben es den Herren angetan und sie sinnen nun nach, wie am besten „abgebaut" werden kann. Die Herren Monthé und Dr. Trauß sind nun, eingedenk des alten Worte: „Teile und herrsche!" auf den besonders schlauen Gedanken gekommen, einen Spaltkeil in die Reihen der Arbeiterschaft zu treiben und die gesamte Belegschaft des Stickstoffwerkes in zwei Klassen zu teilen, und zwar in die „Produktiven" und in die „Unproduktiven". Das abgefangene Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Piesteritz, den 5. September 1922.

Dir. v. M./Go.

**Rundschreiben an die Herren Betriebsleiter.**

Streng vertraulich!

Die immer schneller ansteigenden Löhne der Arbeiter zwingen uns, darauf bedacht zu sein, den Lohnanteil an den Gestehungskosten unserer Produkte durch neue Maßnahmen zu vermindern.

Aus diesem Grunde werden wir anstreben, in Zukunft zu unterscheiden zwischen Arbeitern, die in produktiven und solchen, die in Hilfsbetrieben tätig sind, also zwischen Produktions- und Hilfsarbeitern. Der Produktionsarbeiter muß in einem produktiven Betriebe tätig sein und mit der Verfertigung der Erzeugnisse des Werkes immittelbar beschäftigt sein. Er wird infolgedessen auch stets die schwerere und lästigere Arbeit in den Betrieben zu leisten haben. Alle diejenigen Arbeiter, die nicht an der Erzeugung der Produkte unmittelbar beteiligt sind und daher leichtere Arbeit umbelästigt verrichten, sind den Hilfsarbeitern zuzurechnen.

Wir bitten Sie, auf Grund vorstehender Gesichtspunkte zu überlegen, welche der Ihnen unterstellten Arbeiter als Produktions- und welche als Hilfsarbeiter anzusehen sind und um Angabe der Gesamtzahl dieser Arbeiter und ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Kategorien. Ihrem Vorschlag, der auch in Listenform gehalten sein kann, bitten wir eine kurze Begründung beizufügen.

**Mitteldeutsche Stickstoffwerke Aktiengesellschaft, Werk Piesteritz,**
gez. Dr. Trauß. von Monthé.

Aufgabe der Arbeiterschaft wird es sein, diesen Spaltungsversuch durch geschlossenes Auftreten zu verhindern. Auch die Arbeiterschaft des Werkes Piesteritz muß sich wieder geschlossen eingliedern in die geeinte Front der sozialistischen Parteien Deutschlands. Eine restlos bei der VSPD. organisierte Arbeiterschaft wird durch geschlossenes Auftreten bewirken, daß auch die Unternehmervertreter des Werkes Piesteritz erkennen, wo die Grenze ihrer Macht liegt.

---

**Wittenberg.** Arbeiter, aufgepaßt! Uns wird geschrieben: „Die Eisenbahndirektion in Verbindung mit dem Unternehmertum läßt es sich angelegen sein, aus den Kreise Wittenberg Arbeiter und Angestellte für die „Technische Nothilfe" ausbilden zu lassen. Die sich in der Ausbildung befindlichen Personen haben einen 36stündigen theoretischen Unterricht erhalten, diesen Unterricht folgt dann später eine allgemeine Ausbildung von sechs und noch mehr Tagen. Jeder freigewerkschaftlich organisierte Kollege muß auf diese Dinge achten und Kollegen, die sich für dieses Treiben hergeben wollen, auf die Schädlichkeit ihres Tuns aufmerksam machen. Alle Wahrnehmungen sind unverzüglich den zuständigen Organisationen zu melden.

**Delitzsch.** Versammlung der Volksbochschule. Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr findet im Stadtverordneten-Sitzungssaale eine wichtige Versammlung statt. Wir ersuchen unsere Genossen um zahlreiche Beteiligung.

**Friedersdorf.** Oeffentliche Versammlung der VSPD. Am Sonnabend tagte in unserem Orte die erste öffentliche Versammlung der VSPD., die außerordentlich gut besucht war. Genosse Peters (Halle) referierte über das Programm und die Taktik der VSPD. Er wies einleitend auf die Bedeutung der vollzogenen Einigung hin, die sowohl eine Stärkung der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung zur Folge haben wird. Das sei auch unbedingt erforderlich, wenn die Arbeiterschaft den drohenden kapitalistischen Gefahren und der weiteren Verelendung mit Erfolg entgegentreten wolle. Redner behandelte eingehend die einzelnen außen- und innenpolitischen Probleme in Verbindung mit den Forderungen der VSPD. Gestützt auf die Massen der Arbeiter werde die Partei den schärfsten Kampf führen gegen die Sinnesterung der Wirtschaft und gegen die politischen Herrschaftsgelüste der Kapitalmagnaten. — In der Diskussion versuchte der Kommunist Taube (Bitterfeld), der mit ungefähr einem Dutzend Jugendlicher erschienen war, die zum Teil aus Bitterfeld stammten, den guten Eindruck, den die Ausführungen des Genossen Peters auf die Versammlungsbesucher gemacht hatten, durch alle möglichen Verdächtigungen und Verleumdungen zu vernichten, was ihm aber nicht gelang. Er fand nicht die geringste Gegenliebe mit seiner Aufforderung, die Arbeiter sollen bei der Partei, die neue VSPD. zu zerschlagen. Im Schlußwort brandmarkte Genosse Peters unter dem lebhaften Beifall der Versammlung die Politik und die Methoden der KPD. und erteilte damit den Arbeiterzersplitterern eine gründliche Abfuhr. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die VSPD.

**Torgau.** Im Zeichen der Einigung. Am Freitag fand eine sehr stark besuchte Hauptversammlung der VSPD. im Vereinslokal „Gute Quelle" statt. Die Einmütigkeit in allen Fragen der Versammlung bewies deutlich, daß die Genossen schon lange mit den Herzen vereint waren. Es wurde gelobt, alle kleinlichen Reibereien zu unterlassen, strengste Solidarität zu üben und immer die neue Partei auch nach außen hin zu vertreten. Sodann wurde zur Wahl der neuen Vorstandsmitglieder geschritten, die fast durchweg einstimmig erfolgte. Die Versammlungen sollen jeden Montag nach dem 15. oder am 15. erfolgen. Die Bekanntmachungen erfolgen im Versammlungsanzeiger des „Volksblattes". Es soll rege gearbeitet werden, damit die Abonnentenzahl des „Volksblattes" bald die Mitgliederzahl noch übersteigt. Der Vorsitzende, Genosse Schröder, gab einen Bericht über die Kartoffelversorgung der Stadt. Trotzdem in und um Torgau viele große Güter sind, von denen ein einziges den Bedarf decken könnte, ist die Versorgung, trotz mehrfacher Verhandlungen mit dem Landbunde, gleich Null geblieben. Hier sieht man wieder deutlich, welche Gefahren und durch die Großagrarier drohen. Wo ist die Tat seitens der Bauernschaft, die die Worte des Kreisbauernmeisters Dr. Gerede beim Landbundfest: „Wir gedenken der großen Not der Städte und wollen sie lindern!", erfüllt? Leerer Schall, um die Masse zu täuschen. Oder ist das die Tat, daß man den Schwerkriegsbeschädigten 2 bis 3 Zentner Kartoffeln zum halben Preise geben und dafür den Brotpreis um das dreifache erhöhen will? Nachdem noch einige Anfragen, den Sport und die Jugendpflege betreffend, erledigt waren, wurde die Versammlung durch Absingen des Sozialistenmarsches beendet. An den Genossen liegt es nun, zu zeigen, daß die bei der Versammlung gezeigte Einmütigkeit für immer bestehen bleibt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221010-11/fragment/page=0006